

Ersteinst wöchentlich einmal: Freitag.
Anzeigen: Die 6 gespaltene Borgiszelle 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.
Schluss der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement
 vierteljährlich 1.— Mark
 bei jedem Postamt und in der Expedition.
 Eingetragen in der Post-Bekanntmachungsliste.
Redaktion und Expedition:
 Wm a. D. Donau,
 Reichardtstr. 14, Telef. 1442.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)
 Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/223. — Fernruf: Amt Köpenick 4720.
 Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Fritz Wernholt, Wm a. D., Reichardtstraße 14. — Geldsendungen an W. Stelle, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223.

Nummer 48/49.

Wm a. Donau, den 4. Dezember 1914.

25. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: An die Mitglieder! — Vier Monate blutigen Völkerringens! — Nationalwirtschaft und Weltkrieg. — Die italienischen Gewerkschaften und wir. — Briefe vom Kriegsschauplatz (Fort.) — Ehrenliste. — Nun ist es: Der Burgfrieden und die Mitglieder des deutschen Holzarbeiter-Verbandes! Ein Sozialist als Feldprediger. — Aus den Ortsvereinen: Berlin, Danzig, Hamburg. — Merkblatt für Sendungen an im Felde stehender Truppen. — Die Stimmen von Guldhaß. — Literatur. — Zur gefälligen Kenntnisnahme. — An die Ortsvereinstafflerer. — Die Ortsvereine des süddeutschen Bezirks. — Anzeigen.

triegerischen Ideen vollzupropfen, sondern worauf es ankommt, diese jungen Leute zu treuer Pflichterfüllung, zum Selbstbewußtsein, zum selbständigen Denken zu erziehen. Wir wissen, wie schwer uns diese Aufgabe gemacht wird, unermüdlige Ausdauer gehörte dazu, diese jugendlichen Gemüter auf die rechte Bahn zu lenken. So mancher wird jetzt seine Meinung über die Jugendberziehung revidieren müssen, wie überhaupt an Viele die Zeit des Umlernens herantreten wird, sowohl politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung. Noch vor wenigen Monaten waren die Arbeiterorganisationen vielfachen Angriffen ausgelegt. Das unaufhaltbare Anwachsen derselben war manchem ein Dorn im Auge, man versuchte deren gesetzliche Rechte nach allen Seiten zu schmälern. Heftige Kämpfe entbrannten um das freie Koalitionsrecht. Heute erkennt man in den höchsten Kreisen an, daß die Arbeiterorganisationen eine gewaltige Macht bedeuten, zu gleicher Zeit aber auch, daß dieselben als berufene Träger des Wirtschaftsfriedens anzusehen sind. Eins muß hierbei hervorgehoben werden. Durch die Mobilmachung wurde sämtlicher Handel und Verkehr lahmgelegt, die Eisenbahnen und sonstige Transportmittel wurden zur Beförderung der Truppen benützt. Tausende von Arbeiter mußten ihre Arbeitsstätte aufgeben und sich in den Dienst des Vaterlandes stellen. Die Zurückgebliebenen waren aber oft noch schlimmer daran, da ihnen jede Erwerbsmöglichkeit geraubt wurde, indem die meisten Betriebe ihre Tore schlossen, Tausende und Abertausende waren so dem größten Elend preisgegeben. Staat und Kommune mußten ihr Hauptaugenmerk auf die Fertigtstellung der Mobilmachung richten, hatten also keine Zeit, sich um die Arbeitslosen und deren Familien zu kümmern. In dieser schweren Zeit waren es die Arbeiterorganisationen, die helfend eingriffen. Dieselben wurden nun aber auch für eine außerordentlich schwere Aufgabe gestellt. Vorausgeschickt muß werden, daß sämtliche Organisationen, ganz gleich welcher Richtung, auf wirtschaftliche Kämpfe, aber keineswegs für den Krieg eingerichtet waren.

mangelhafter Verpflegung, wenn die Zufuhr abgebrochen ist, tage-, ja wochenlang in den Schützengraben zubringen müssen. O wie kleinlich kommt man sich vor, wenn man an diese Tatsachen denkt. Ist es nicht geradezu freventlich, wenn wir über diese oder jene Maßnahme murren wollen? Auch wurden Stimmen aus einzelnen Orten laut, daß es nach dem Kriege keine wirtschaftlichen Kämpfe mehr geben werde, Streit und Ausperrung sei ausgeschlossen. Bei jeder Gelegenheit gibt es Allermeltswisser, die aus ihrem engen Gesichtskreis nicht hinauskönnen, die alles kritisieren und alles besser wissen wollen, und gerade in dieser Zeit treten dieselben besonders in die Erscheinung. Die Organisationen ständen tatsächlich nicht an ihrem Plage, wenn sie sich von derartigen Ansichten leiten ließen. Man braucht ja bloß ein wenig Umschau zu halten, da wird man bald auf Gegenstände stoßen, die von den Arbeitern besonders hart empfunden werden. Die Verlockung in dieser Zeit, den Tarif zu durchbrechen, war für einzelne Unternehmer zu groß, und man kann doch nicht annehmen, daß die organisierte Arbeiterschaft derartige Maßnahmen vergessen wird. Wie ist der Burgfrieden gewahrt und man muß es den Arbeitnehmern nachsagen, daß sie reichlich in Anspruch genommen sind, die einzelnen Unternehmer zur strikten Einhaltung des Tarifs anzuhalten, das schließt aber keineswegs aus, und dort Entlohnungen vorgekommen sind, die unbedingte rächen müssen. Die Vorstände der Arbeitgeberorganisationen sind auch weiterhin bemüht, gemeinsam mit den Arbeitgeberorganisationen zu schaffen. Man ist sich beiderseits darüber klar, daß alle Unterstellungen, die von Organisationen, Staat und Kommunen geleistet werden, nicht im entferntesten ausreichen, um die Not der Arbeitslosen und deren Familien zu beseitigen, dem Arbeiter ist am besten durch Arbeitsgelegenheiten gebietet. Aus diesem Gedanken heraus hat man auch die Arbeitsgemeinschaften gegründet, in denen Unternehmer und Arbeiter gleich stark vertreten sind. An diese Zentrale gliedern sich, mit derselben gleichmäßigen Besetzung, Bezirksauschüsse an, denen sich wieder Ortsauschüsse anschließen. In dieser Arbeitsgemeinschaft sind neben den Arbeiterorganisationen alle drei Richtungen der Arbeiterorganisationen vertreten, so daß nach außen hin, ein vollständig einmütiges Bild zu Tage tritt. Schon in unserer letzten Nummer haben wir auf diese Arbeitsgemeinschaft hingewiesen, und möchten wir an dieser Stelle besonders hervorheben, daß an allen Orten, wo wir vertreten sind, es Pflicht unserer Kollegen ist, sich eifrig an dieser Arbeitsgemeinschaft zu beteiligen, und mit vereinten Kräften an die betreffenden Instanzen (Behörden) u. dergl. heranzutreten, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Man darf sich dabei keineswegs von dem Gedanken leiten lassen, daß vielleicht an diesem oder jenem Orte keine Arbeitslosen vorhanden sind. Dies darf kein Grund zur Untätigkeit sein, denn es gilt, das Heer der Arbeitslosen in der Gesamtheit zu verringern. Und gerade wir im Holzgewerbe haben alle Ursache, auf dem Posten zu sein, denn im Holzgewerbe ist die Zahl der Arbeitslosen noch immer erschreckend groß, die Klavier- und Möbelindustrie liegt vollständig darnieder. Sehen wir in dieser Beziehung unsere ganzen Kräfte ein, so dienen wir am besten unseren arbeitslosen Kollegen und der Gesamtheit. Gewiß, dieser Weg ist schwierig und dornenvoll, man wird so manchen Mißerfolg verzeichnen können, aber feine Wege haben eine Arbeiterorganisation noch nie zurückgeschreckt. Es gilt vor allen Dingen den Widerstand einzelner Unternehmer zu brechen. Wenn auch der Burgfrieden auf der ganzen Linie geschaffen ist, so gibt es leider doch noch immer einzelne Unternehmer, denen es große Ueberwindung kostet, mit den Arbeiterorganisationen gemeinsam zu beraten, sie können das Wort: „Ich kenne keine Parteien, sondern nur Deutsche!“ in seiner ganzen Tragweite nicht erfassen. Dann erwachten wieder große Schwierigkeiten bei den einzelnen Verwaltungen, welche die Arbeit, die im Haushaltetat vorgesehen, aber noch nicht in Angriff genommen ist, zu vergeben haben. Eine Reihe von Widerwärtigkeiten werden sich aus dieser Arbeit ergeben, die manchen nutzlos machen könnten. Die Männer jedoch, welche diese Arbeitsgemeinschaft geschaffen und in Angriff genommen haben, die waren sich der Schwierigkeiten bewußt und werden sich so leicht nicht entmutigen lassen, sondern mit eisernem Willen das zur Durchführung bringen, was im Interesse der gesamten erwerbsmäßigen Bevölkerung liegt.

An die Mitglieder!

Seit Anfang November ist unser Redakteur **Fritz Wernholt** ins Feld gezogen. Als Stellvertreter wird bis zu seiner Rückkehr Kollege **P. Volkmann** die „Stimme“ redigieren. Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind deshalb von jetzt ab an **P. Volkmann, Berlin NO 55, Greifswalder-Straße 221/23** zu richten.

Vier Monate blutigen Völkerringens!

Vier Monate sind bereits verfloßen, als die Mobilmachung über ganz Deutschland erfolgte. Die gewaltige Erregung der Gemüter hat sich zu einer ruhigeren Betrachtung aufgelöst. Die Zeit heißt so manches, und so ist auch in dieser schweren Zeit der Trennungsschmerz in der Hauptsache überwunden. Aber ein weit schmerzlicheres Gefühl ist geblieben, das ist die Ungewißheit über das Schicksal der Angehörigen. Bei jeder Siegesnachricht, so erfreulich sie an sich ist, steigt bei diesem oder jenem der Gedanke auf, daß der betreffende Sieg vielleicht mit dem Tode der einzelnen Angehörigen erkauft ist. Und wahrlich der Tod hat reichliche Ernte gehalten, man braucht nur einen Einblick in die Verlustlisten oder in die einzelnen Familien zu tun, da wird man gewahr, daß so mancher Jüngling, so mancher Familienvater sein Leben für die Befreiung des Vaterlandes gelassen hat. Man hat für dies zerstörte Familienglück keinen anderen Trost, als das ist der Krieg mit seinen schrecklichen Folgen. Immer neue Opfer werden gefordert und müssen gebracht werden, die Zahl unserer Feinde ist diesmal zu groß, und daß müssen auch wir alles, was irgend Waffen tragen kann, auf die Beine bringen, um nicht in diesem ungleichen Kampfe zu unterliegen. Leicht wird uns die Sache nicht gemacht, haben sich doch irgeleitete Franjosen mit russischen Sorden und elenden englischen Krämerseelen zusammengenagt, um deutschen Handel, deutsche Freiheit und Kultur zu beseitigen. Es gilt also für uns, den Kampf um die Erhaltung unserer höchsten Güter. Dies hat das deutsche Volk, hat der deutsche Arbeiter wohl begriffen. Eine seltene Einmütigkeit hat Platz gegriffen, Deutschland war noch nie so einig wie jetzt. Einmütig hat man den Kriegskredit bewilligt, überall in allen Ständen entflammte helle Begeisterung, man war sich einig in dem Gedanken, das deutsche Vaterland ist in Gefahr, und da müssen alle Klagen verstummen. Die Weltgeschichte wird kaum jemals wieder die Tatsache aufweisen können, daß in Deutschland über 1 1/2 Millionen Kriegsfreiwillige zu den Waffen eilten. Man hat vielfach im Auslande darüber gespöttelt, und auch bei uns gab es Schwärzer, die zu Haus am warmen Ofen ihre Politik machen, und die auch die Bravour und die Fähigkeiten dieser jungen Freiwilligen in Zweifel zogen. Es gibt ja leider immer Leute, die glauben, alles besser machen zu können, jede in Angriff genommene Sache wohl scharf kritisieren, sich selber aber als zu schade fühlen, ihre Haut zu Markte zu tragen. Derartige Elementen begegnen wir sehr häufig bei Wirtschaftskämpfen, vielmehr noch in dieser Zeit. In diesem Falle hätte es der Rechtfertigung einzelner kommandierender Generale garnicht bedurft. Die nackten Tatsachen bei den letzten Kämpfen haben bewiesen, daß diese jungen Streiter nicht bloß manch alten Soldaten bezüglich Ausdauer und Strapagen beschämt, sondern auch dem Feinde gegenüber eine geradezu bewundernswerte Tapferkeit an den Tag gelegt haben. Die französische und englische Presse, die uns doch wahrlich nicht hold gesinnt ist hebt diese Tatsachen besonders rühmend hervor. Auch aus der Fregendabteilungen der deutschen Gewerksvereine sind eine Anzahl freiwillig dem Rufe zur Fahne gefolgt. Manche haben bereits Verletzungen davongetragen, unter anderen ist von der Jugendabteilung Berlin-Nord-Ost der Sohn unseres Hauptvorsitzenden Schumacher bei den letzten Kämpfen in Belgien durch einen Kopfschuß schwer verwundet worden, und liegt z. Zt. dort im Kriegslazarett. Die Erziehung der Jugend hat sich hier überhaupt auf das glänzendste bewährt, nicht vielleicht, daß man die Behauptung aufstellen möchte, die jungen Köpfe mit

Habt Solidarität!

Wer seine Beiträge nicht bezahlt während des Krieges, obgleich er beschäftigt ist oder gar Ueberstunden macht, begeht einen

Krevel

an seiner Organisation. Deshalb erfülle jedes Mitglied seine Pflicht auch in schwerer Zeit.

Einer für alle — und alle für einen!

Hier zeigte es sich nun, daß man auch in dieser schwierigen Situation es verstand, seinen Mann zu stellen. Darüber war man sich bald klar, daß das, was im Statut an Unterstützungsleistungen vorgesehen war, in der Kriegszeit nicht aufrecht erhalten werden konnte. So wurde denn das ganze Statut außer Kraft gesetzt, und nur die Arbeitslosenunterstützung blieb bestehen. Aber auch diese mußte auf die Hälfte reduziert werden, da man mit einer längeren Kriegsdauer rechnen mußte. Wir sehen heute, daß schon vier Monate ins Land gezogen sind, ohne daß man an ein Ende des Krieges denken kann, ja man könnte heilighand greifen immer weiter um sich. Manche Kollegen haben ihren Unwillen über die getroffenen Maßnahmen zum Ausdruck gebracht, manch hartes Wort ist gefallen, einzelne Ortsvereine verlangten die Herausgabe des Vermögens bis zum letzten Pfennig, ohne daran zu denken, daß unsere zurückkehrenden Krieger doch auch ein wohlverdientes Anrecht nach den unsäglichen Strapagen und Opfern, die sie für uns gebracht haben, an die Kasse stellen können und werden, denn es ist ausgeschlossen, daß dieselben nach monatelangen Entbehrungen sich in dem Besitz der Körperkräfte befinden, um bei der Arbeit wieder ihren Mann stellen zu können. Darüber herrscht doch wohl nur eine Meinung, daß für diese Kollegen ganz besonders gesorgt werden muß. Gewiß befinden sich unsere arbeitslosen Kollegen in keiner beneidenswerten Lage, und gerade die älteren, die vielleicht 20—30 Jahre in ein und demselben Betriebe tätig gewesen sind, denen kaum der Gedanke jemals aufgestiegen ist, arbeitslos zu werden, empfinden diese Zeit besonders schwer, und man hat volles Verständnis für deren Lage. Aber alle diese Not und Entbehrungen, die sich jeder Zurückgebliebenen notgedrungen auferlegen muß, sind kleinlich gegen die Opfer, welche unsere braven Truppen in dieser Zeit bringen müssen. Der Winter tritt bereits in die Erscheinung, die ersten Schneeflocken fallen, die Witterung wird immer rauher, und mit Grausen denken wir, daß unsere Angehörigen oft bei

Nationalwirtschaft und Weltkrieg.

Aus einem Referat.
 Von Dr. Friedrich Sahn.

Es ist ohne weiteres klar, daß ein Weltkrieg das Wirtschaftsleben eines Volkes aufs nachhaltigste beeinflussen muß. Das ist umso stärker der Fall, wenn infolge des Krieges die auswärtigen Verbindungen so gut wie aufgehört haben. Der Weltkrieg hat das deutsche Wirtschaftsleben wieder auf sich selbst gestellt und vom Ausland nahezu vollständig abgeschnitten, wodurch es

wieder wie in früheren Jahrhunderten zu einer Autarkie, einer sich selbst genügenden Wirtschaft, geworden ist. Es war deshalb bei Kriegsausbruch selbstverständlich, daß unsere auf ein normales Wirtschaftsleben zugeschnittene Gesetzgebung gewissen Veränderungen unterworfen werden mußte, sollte nicht Handel und Wandel in ihren Grundfesten erschüttert werden.

Regelmäßig richtet man nur von der militärischen Seite des Weltkrieges, weil sie am sichtbarsten in die Augen springt. Von seiner wirtschaftlichen Seite hört man nur wenig, obwohl auch sie außerordentlich wichtig ist. In welchem Maße das der Fall ist, erhellt blickartig jene Ausrufung eines englischen Ministers, der Weltkrieg werde möglicherweise 20 Jahre lang dauern, weil es erst bis dahin gelungen sei, Deutschland zu Boden zu werfen. In diesen Worten liegt das Zugeständnis, daß Deutschland militärisch erst dann unterzogen ist, wenn es sich wirtschaftlich nicht mehr halten kann. Von der Erkenntnis der Bedeutung einer möglichen Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens — nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht — durchdrungen ist das Reichsregiment und Reichstag in jener denkwürdigen Sitzung vom 4. August innerhalb einer knappen Viertelstunde jene 17 vorwiegend wirtschaftlichen Gesetze, die bis jetzt durchaus segensreich gewirkt haben.

Bei Kriegsausbruch wurde vielfach die Schaffung eines Moratoriums verlangt, also die rechtliche Möglichkeit einer Stundung aller Zahlungsverpflichtungen gemäß dem Satze: „Im Krieg braucht man nichts mehr zu bezahlen.“ Die Regierung ließ sich jedoch verständigerweise hierauf nicht ein, da sie von der Unmöglichkeit ausging, daß ein solches (allgemeines oder teilweises) Moratorium den wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeutet, während unser Wirtschaftsleben doch auf einer durchaus gesunden und soliden Grundlage beruht. Ein Moratorium dagegen hätte das wirtschaftliche Nadelwerk sicherlich zum Stillstand, vielleicht sogar in Verwirrung gebracht. Zu einer Weiterführung von Handel und Wandel ist aber unbedingt die Zahlungswilligkeit der Zahlungsfähigen notwendig, was bei einem Moratorium kaum anzunehmen ist. Auch die Sekretäre der Handwerkskammern Reutlingen und Ulm haben diese Haltung der Regierung durchaus gebilligt.

Wegen des Mangels an praktischer Erfahrung infolge der langen Friedenszeit einerseits und des großen Aufschwungs unseres Wirtschaftslebens andererseits gab der Reichstag dem Bundesrat eine außerordentlich weitreichende Blankettvollmacht, indem er ihn ermächtigte, während des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen. Um aber dennoch den Willkür der Reichsregierung gegenüber zur Geltung zu bringen, schränkte er diese Vollmacht dahin ein, daß ihm die regierungsseitigen Maßnahmen bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben sind. Die Regierung hat von dieser Ermächtigung bisher einen weitgehenden Gebrauch machen müssen, weil der Einfluß des Krieges auf unser Wirtschaftsleben zu Anfang August noch nicht übersehen werden konnte.

Das wichtigste ökonomische Gesetz betrifft den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen. Es wird nämlich in anhängigen oder anhängig werdenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten das Verfahren unterbrochen, wenn eine Partei zur mobilen oder gegen den Feind verwendbaren Land- und Seemacht oder zu der Befestigung einer Festung gehört oder wenn eine Partei sich wegen des Krieges im Ausland aufhält oder als Kriegsgefangener in der Gewalt des Feindes befindet. Diese Rechtswohlthat gilt auch für österreich-ungarische Staatsangehörige. Ferner wurde die Zwangsvollstreckung für unzulässig erklärt, außer wenn es sich um verbrauchbare Sachen oder solche handelt, welche beträchtlichen Wertverringerungen ausgesetzt oder leichtfertig aufzubewahren sind. Auch wird ein Konkursverfahren nur auf Antrag einer ausmarschirten Person eröffnet und, sofern es bereits eröffnet ist, auf seinen Antrag ausgesetzt, wobei natürlich Verjährung und Ausschlußfristen gehemmt werden.

Auf dem Gebiete des Wechsel- und Scheckrechts wurde der Begriff der höheren Gewalt eingeführt, die dann Platz greift, wenn entweder das Gebiet vom Feind besetzt ist oder ein geregelter Postverkehr nicht mehr besteht oder wechselmäßige Rechte infolge ausländischer Vorschriften nicht geltend gemacht werden. Gleichzeitig wurde die Frist zur Erhaltung und Ausübung des Wechselrechts und des Negrechts aus dem Scheck um 30 Tage verlängert. — Auf dem Gebiete des Münzwesens wurden die Reichsbankenscheine den Reichsbanknoten (gesetzliches Zahlungs-

mittel) gleichgesetzt. Später wurde infolge der nicht bedenkenfreien Geldpolitik der Reichsbank die Goldkaufel in den Verträgen außer Wirkung gesetzt.

Die Unterstellung der Angehörigen Ausmarschirter wurde modernem Empfinden gemäß auch auf uneheliche Kinder ausgedehnt und die Beiträge für Gefrauen auf 9 bzw. 12 M. und für Kinder auf 6 M. monatlich erhöht. Außerdem wurde Vorsorge getroffen, daß die Anwartschaften aus der Krankenversicherung den Ausmarschirten erhalten bleiben. Gewisse Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter können durch den Reichszentraler aufgehoben werden. Ferner wurden Maßnahmen zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen durch Festsetzung der Leistungen auf die Regelleistungen und der Beiträge auf 4 1/2 Prozent des Grundlohnes getroffen. Reichlich die Beiträge nicht aus, so ist das Defizit von den Gemeindeverbänden bzw. Arbeitgebern bzw. Innungen zu tragen.

Wichtig für den Großhandel war die Bestimmung, daß bei der Abwicklung von bürrenmäßigen Zeitgeschäften in Waren (Kupfer, Zuder, Zinn, Kaffee, Getreide, Mehl und Baumwolle) es so angesehen wird, als ob ein Vertragsteil gemäß eines ihm zu- stehenden Rechtes zurückgetreten wäre. Jedoch wird durch die Landeszentralbehörde ein Liquidationspreis festgesetzt, der für die Bereinigung dieser Termingeschäfte verbindlich ist. Ist der parteimäßig vereinbarte Preis niedriger als der Liquidationspreis, dann kann der Käufer vom Verkäufer die Differenz ausbezahlt verlangen; ist er dagegen höher, dann der Verkäufer vom Käufer.

Die wichtigsten und einschneidendsten Bestimmungen des Zolltarifs wurden im Interesse der Ernährung der breiten Masse befreit und die Bestimmungen der Fleischschau gemildert. Aus dem gleichen Grunde wurde die Möglichkeit der Festsetzung von Höchstpreisen für Gegenstände des täglichen Bedarfs, von Futtermitteln aller Art, sowie für rohe Naturerzeugnisse, Feiz- und Leuchtstoffe, vorgehen, von welcher Ermächtigung die Regierung leider erst außerordentlich spät (28. Oktober) und auch da nur unvollständig Gebrauch gemacht hat.

Für das Kreditbedürfnis des Mittelstandes und zur Beförderung des Handels und Gewerbetriebs wurden Darlehensstellen errichtet, die gegen Stellung von Sicherheit (Verpfändung von Waren, Wertpapieren und Forderungen des Reichs- und Staatschuldbuchs) Darlehen nicht unter 100 M. und nicht über 3 Monate (ausnahmsweise 6 Monate) gewähren. Für drei Mil-

liarden Mark werden Darlehensschemata zu 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Mark ausgegeben. Da jedoch Wechsel, Hypotheken, Sparbuchscheine und Bürgschaftstellungen eine lassenmäßige Sicherheit nicht bieten, wurden vom Handwert im Wege der Selbsthilfe und mit privater, körperlichlicher, gemeindlicher und staatlicher Unterstützung — in Württemberg der Zentralfest für Gewerbe und Handel — Kriegskreditkassen errichtet, die dem Bedürfnis insbesondere des kleineren Mittelstandes Rechnung tragen sollen, was bereits schon in erheblichem Maße der Fall war. Es gibt eben eine Menge kleiner Leute, die keine Wertpapiere und Schulbuchforderungen haben, die keine Waren lombardieren können, die nicht Mitglieder von Kreditgenossenschaften sind und denen Privatbanken auch keinen Kredit gewähren. Ihnen allen soll die Kriegskreditbank helfen unter die Arme greifen.

Wichtig ist für viele Kreise vor allem die Möglichkeit einer gerichtlichen Bewilligung von Zahlungsfristen bis zu 3 Monaten, wenn es die Lage des Schuldners rechtfertigt und der Gläubiger dadurch keinen unverhältnismäßigen Nachteil erleidet. Dabin gehört auch die weitere Bestimmung, daß das Prozeßgericht auf Antrag des Schuldners die besonderen Rechtsfolgen, die wegen Nichtzahlung oder nicht rechtzeitiger Zahlung einer Geldforderung eintreten, aussetzen kann, wie z. B. die Verpfändung zur Räumung einer Wohnung wegen Nichtzahlung des Mietzinses oder die Fälligkeit eines Kapitals wegen Nichtzahlung der Zinsen.

Da erfahrungsgemäß bei Konkursen und Versteigerungen die Waren leicht zu Schundpreisen verschleudert werden, was in Kriegzeiten wegen der geringeren Kaufkraft besonders stark der Fall ist, hat das Gesetz Abhilfe vorgeesehen. So kann zwecks Abwendung eines Konkursverfahrens eine Geschäftsaufsicht angeordnet werden, wenn die Zahlungsunfähigkeit infolge des Krieges eintrat. Hier von wurde schon vielfach und wie es scheint mit gutem Erfolge Gebrauch gemacht. Der entscheidende Gesichtspunkt ist natürlich der, ob der Inhaber seine Unternehmerfunktion in richtiger Weise erfüllt hat und erfüllen kann. Außerdem wurde ein Mindestangebot für die Versteigerung gepfändeter Sachen festgesetzt. Darnach muß vor der Versteigerung der gewöhnliche Verkaufspreis durch den Gerichtsvollzieher oder durch Sachverständige ermittelt werden. Das Mindestangebot beträgt die Hälfte des gewöhnlichen Verkaufswerts und erst wenn ein solches Mindestangebot bei der Versteigerung erfolgt, wird der Zuschlag erteilt.

In militärischen Interesse liegt die Bestimmung der Ueberwachung ausländischer Unternehmungen durch staatliche Aufsichts- personen. Aus Vergeltungsgründen wurden Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland erlassen und die Festhaltung feindlicher Zollgüter (Waren) bestimmt.

Wegen der Festsetzung von Höchstpreisen wurde eine Vorratserhebung über Gegenstände des täglichen Bedarfs und ein Verbot des vorzeitigen Schlachtens von Vieh (Kälber unter 75 Kg. und weibliche Kühe unter 7 Jahren) festgesetzt. Am 28. Okt. wurden dann reichlich spät Höchstpreise normiert: für Roggen 237 M., für Weizen 277 M., Gerste 222 M. pro Tonne loco Stuttgart, wobei noch Abstriche nach der Qualität vorge- sehen sind; für Meie pro Doppelzentner 13 M., für Zuder pro Zentner loco Magdeburg 9.50 M., für Hafer 220 M., für Klar- woffeln 3.05 M. Soweit das Reich von der Festsetzung von Höchstpreisen absteht, steht das Recht hierzu dem Einzelstaat und den von ihm benannten Organen zu, in Württemberg u. a. den großen und mittleren Städten. Um hat bekanntlich für Fleisch und Petroleum von dieser Möglichkeit erfreulicherweise Gebrauch gemacht. Die Höchstpreise müssen eingehalten werden, widrigen- falls im Kleinhandel die Behörde zur Uebernahme und zum Ver- kauf auf Rechnung und Kosten des Besitzers ermächtigt ist. Für den Verkehr mit Brot wurde bestimmt, daß Weizenbrot nur mit einem mindestens 10prozentigen Zusatz von Roggenmehl und Roggenbrot mit einem solchen von mindestens 5 Prozent Kar- toffelmehl in den Verkehr gebracht werden darf. Enthält das Brot mehr Kartoffelmehl, dann muß es das Zeichen „K“ tragen, bei mehr als 20 Prozent auch noch die Zahl der Prozente zuge- fügt werden. Die Bestimmungen über den Verkehr mit Brot müssen in den Verkaufsräumen aufgehängt werden und auf ihre Einhaltung ist eine Geldstrafe bis zu 1500 M. gesetzt. Es ist außerordentlich wichtig und im Nationalinteresse dringend zu verlangen, daß dieses sog. „Kriegsbrot“ gekauft und verzehrt wird, soll unsere Brotdecke bis zur nächsten Ernte hinüberreichen, denn mit einer nennenswerten Einfuhr von Brotgetreide können und dürfen wir kaum rechnen.

In diesem Zusammenhang ist die Frage zu streifen, ob die Militärbehörde zur Festsetzung von Höchstpreisen berechtigt ist. Nach dem Gesetz über die Höchstpreise sicherlich nicht, wohl aber



Ehrentafel

für die im Kriege gefallen oder an ihren Verwundungen er- legenen Kollegen des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands.

- Fritz Paulig, Kassierer des Ortsvereins Darmen, dreißig Jahre alt.
- Fritz Pakull vom Ortsverein Hamburg, 28 Jahre alt, gefallen in Frankreich am 24. August.
- Fritz Sommer vom Ortsverein Hamburg, 24 Jahre alt, gefallen in Frankreich.
- Andreas Schmid, Ortsverein Augsburg, 36 Jahre alt, gefallen in Nordfrankreich.
- August Zeidler, Sangesbruder und Mitglied des Ortsvereins Berlin, 37 Jahre alt, gefallen im Westen am 4. Novbr.

Ehre ihrem Andenken!

Ritter des Eisernen Kreuzes.

Das Eiserne Kreuz erhielt für hervorragende Tapferkeit der Kollege Arthur Miete vom Ortsverein Berlin, unter gleich- zeitiger Beförderung zum Unteroffizier.

Druckfehler. Bei dem Bericht über die Verleihung des Eisernen Kreuzes muß es nicht Pöschke, sondern Pö t h e heißen.



Briefe vom Kriegsschauplatz.

Von Dr. Max Sirich.

(Fortsetzung)
Straßburg, 4. Oktober 1870.

Die ersten Gebäude auf dem Ufer, dem vordem französischen, sind arg zertrümmert und gänzlich verlassen. Früher führte von hier eine 4 Kilometer oder eine Stunde (lange) Allee von herr- lichen Platanen und Eappeln nach der Stadt: die Bäume sind mit Aufschriften wie „Commissariat de Police“, „Péage du Pont“, fast sämtlich von den Franzosen umgehauen, die Häuschen und Gärten zu beiden Seiten haben die deutschen Kugeln verwüßt, selbst von einem Artilleriefeld zum Sinken der Straße sind die Mauern und ein Teil der Grabenmäler zertrümmert. Zur Rechten aber erblickt man in geringer Entfernung die mächtige Zitadelle mit ihren Trümmermassen. Ueber all der Verwüstung aber ragt himmelhoch und immer deutlicher seine wunderbaren Formen entfaltend, der Münster gleich einer Barre des Trostes und der Hoffnung! Durch die imposante „Porte d'Alsace“, deren Wöl- lungen und Berke gänzlich unvertezt sind, fuhr ich in Straßburg ein und stieg in einem der nächsten Wirtschaften, dem „Schwarzen Bären“ ab. In der niedrigen, recht jüdeutlich anheimelnden Gatzimmer wimmelte es von deutschen Soldaten und Bürgern. Nach einem freundlichen Frühstück war ich eben im Begriff, mit jungen Bedienten die Stadt zu durchstreifen, als ich zu meiner freudigen Ueberraschung am Reichstisch einen Magdeburger Landmann und Freund den Hausmann Schrader vom 66. Land- wehrbataillon, und einen Rheinländer, der in den Parallelen von Straßburg und auf den Höhen 53 und 52 die Belage- rung überdauerte, erbot sich mir als willkommener Führer und zu guter Letzt richtete ich meine Schritte nach dem Schau- platz des Schreckens, dem Steintor.

Der Anblick, der ich auf meinem Wege fand, ist un- beschreiblich. Straßburg gleicht halb einem Jahrmarkt, halb einer Ruine. Auf der ganzen Hauptstraße vom Auferstator über die Allee den alten Jahrmarkt, den Wägenbergplatz, die Artadenstraße bis zum Kleberplatz kam eine Spur der Belagerung, die Läden waren mit Brettern aller Art, mit Gold- und Silberwaren,

gefüllt, die Straßen wogend von schauenden und geschäftigen Menschen, von Soldaten und Bürgern zu Wagen und zu Fuß, auf den Plagen Obst, Zigarren, Bier in Fässern, ja selbst Sing- und Luxusvögel feilgeboren; man hätte glauben können, einem internationalen Verbrüderungsfest beizuwohnen. Aber auf dem Kleberplatz, dem größten der Stadt, ändert sich plötzlich die Szene und je weiter gegen Norden, desto mehr verschwindet das Leben, um der gräßlichsten Verwüstung, die Menschenauge schauen kann, Platz zu machen. Bis zum Ill-Kanal sind es nur einzelne Käufer oder Häusergruppen, die ganz oder teilweise zertrümmert sind: aber jenseits des Kanals, die ganze Steintorstadt, bilden einen einzigen juchzenden, alle Phantazie übersteigenden Trümmer- haufen. Jetzt ist schon manches aufgeräumt und fortgeschafft, aber das entsetzliche Gewirr von zertrümmerten, eingestürzten, aus- gebrennten Mauern so weit das Auge reicht, dort in abenteuer- lichen Zaden emporkragend, hier bis zum Grund zusammen- gesunken, die dicken Sandsteinquader gerichtet, die eisernen Trä- ger und Pfeiler wie Wachs gebogen, und mitten drinn, wie zum Spott, hier ein paar gußeiserne Ritter in schwanfender Stellung auf hohem Sitter, dort eine Reihe Bajonnette mit welchem Grün darin, während rings herum nicht ein Fleckchen bewohnbar ge- blieben, während noch jetzt der widerige Brandgeruch die Luft erfüllt — alles dies macht auch heute noch das Auge starren und das Gemüt bis ins Innerste schauern. Und nicht etwa handelt es sich um Häuser, um materielle Werte allein. Abge- sehen von der Befestigung, sind ca. 300 Bürger während der Be- lagerung getötet, ca. 1200 verwundet worden. Eine Bevölke- rung von achtzigtausend Seelen sechs Wochen lang bei beständiger Angst und Engherzung größtenteils in feuchten Kellern wohnend, — die Greise, die Kinder, die Wägenrinnen, die Kranken, kein Ausweg ohne Lebensgefahr, unzureichende und schlechte Nah- rung für die Kermeren; welche Folgen muß ein solcher Zustand für Hunderte von Familien haben?

Nur ein Beispiel unter vielen. Ein älterer Straßburger Arbeiter mit intelligenten Zügen schilderte uns angeichts der leider zerstörten, unersehbaren Bibliothek auch seine eigenen Schick- sale. Sein Gewerbe als Steinhauer hatte natürlich vollständig aufgehört; er verdiente den Unterhalt für sich und die Seinen

durch Rettungsarbeiten unter fortwährender Gesundheits- und Le- bensgefahr. „Ich verdiente mitunter 15 Francs den Tag, Herr, aber ich riskierte dabei meine Knochen.“ Er selbst war unbe- schädigt davon gekommen, aber sein Häuschen war zerstört, seine alte Schwelster erschossen, die Belagerung hatte ihn zum armen und zum verlassenem Mann gemacht. Dennoch, und dies war für mich höchst erfreulich, äußerte der Mann sich keineswegs als fanatischen Franzosen. „Wir sind früher deutsch gewesen und werden es wieder werden. Der Arbeiter war zu hart gedrückt unter dem französischen Regiment, man konnte kaum noch ver- dienen, was man zum Leben brauchte. Unter deutscher Herrschaft wird es hoffentlich besser werden.“ Ich bemerkte beiläufig, daß die Lebensart von dem schrecklichen, ganz unverständlichen elsässer Dialekt durchaus nicht begründet ist. Der spezifische Norddeutsche, der nie aus seinem Flachland herausgekommen, wird am ersten Lage den Elsässer ebenso schwer verstehen, wie den Schwaben oder badischen Alemannen; wer aber auch nur ein paar Wochen in Süddeutschland gelebt hat, der versteht den Elsässer und wird von ihm verstanden. Das elsässer Deutsch ist fast ganz der etwas rauhe, aber klugvolle und gemütreiche Dialekt, in welchem Lebel seine unüberlichen alemannischen Gebächte geschrien hat. Die Volkssprache wird wahrlich das geringste Hindernis der Ver- einigung sein.

Der Zugang zum Steintore (Porte de Pierres) ist durch preussische Posten gesperrt, der Hauptmann verschaffte mir jedoch freie Passage. Wir bestiegen den Hauptwall und hatten von hier aus einen trefflichen Ueberblick über die Hauptangriffsfrent der Belagerer. Die Festungswerke sind hier besonders breit und an und für sich sehr stark, aber sie haben den Fehler, von keiner andern Seite, am wenigsten von der entgegengesetzt liegenden Zitadelle gedeckt zu sein und den Schutz eines Wasserlaufs zu entbehren. Der Angriff von dieser Seite war daher sehr richtig gewählt. Ueberhaupt würde nach dem Urteil aller Sachverständigen die Belagerung von Straßburg ein unübertroffenes Meister- werk sein, wenn nicht das dreitägige grausame und nutzlose Bombardement — wie General v. Werder jetzt selbst zugestehen soll — den Ruhm derselben schmälerte. (Fortf. folgt.)

was in Ulm offenbar übersehen wurde — nach Art. 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit dem preuß. Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, wonach die Militärbehörde zur Erlassung von Vorschriften im Interesse der allgemeinen Sicherheit befugt ist. Daß aber die Normierung von Höchstpreisen diesem Interesse entspricht, kann füglich nicht in Zweifel gezogen werden.

Unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung fehlt bislang der einheitliche Aufbau. Sie besteht aus einer systemlosen Aneinanderreihung von Vorschriften, deren Erlassung sich im Laufe der Kriegszeit als notwendig erwiesen hat. Hieraus etwa einen Vorwurf gegen die gesetzgebenden Körperschaften zu erheben, wäre unbillig, da ihnen jegliche praktische Erfahrung abging. Die ökonomischen Verhältnisse zur Zeit der letzten Kriege waren ganz andere, viel einfachere und durchsichtiger. Jeder Einzelne von uns muß nach seinen Kräften dazu beitragen, das Wirtschaftsleben aufrecht und im Gang zu halten, schon um der finanziellen Bedürfnisse des Krieges willen. Aus nationalen Gründen müssen wir die schwere Zeit um jeden Preis durchhalten, denn nicht um uns, sondern um das Vaterland handelt es sich jetzt. Dieses Erkenntnis macht uns unüberwindbar.

Die italienischen Gewerkschaften und wir.

Unter dieser Überschrift bringt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen beachtenswerten Artikel, den wir glauben unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, da hier am deutlichsten klar gelegt wird, daß die rote Internationale elendig in Trümmern gegangen ist, aber auch sonst interessante Ausführungen über die Haltung Italiens bringt. In dem Artikel heißt es:

Als der Weltkrieg ausbrach, hielt man es im Volke für selbstverständlich, Italien an der Seite von Deutschland und Österreich zu finden; die Erklärung der italienischen Neutralität erregte allgemeines Erstaunen. Inwiefern Italien seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den beiden anderen Mächten des Dreibundes erfüllt hat, haben wir hier nicht zu untersuchen, ebenso wenig ob die beruhigenden Erklärungen der deutschen und österreichischen Regierungen auf Ueberzeugung oder Taktik beruhen.

Die italienische Regierung erklärte also ihre Neutralität und zwar eine wohlwollende Neutralität. In der Presse wurde auf die Vorteile hingewiesen, die mit dieser Neutralität für die kriegsführenden Staaten Deutschland und Österreich verbunden sein sollten. Die öffentliche Meinung begann sich zu beruhigen.

Nun brachten aber bereits die ersten Tage nach Ausbruch des Krieges Mitteilungen über eine allgemeine deutsch- und österreichfeindliche Stimmung der italienischen Bevölkerung und die italienische Presse. Es ent-

schafft dieser Länder so erhebliches geleistet, daß bereits verschiedene Partei- und Gewerkschaftsblätter in Deutschland in scharfer Weise dagegen protestiert haben. Inzwischen haben die italienischen Parteinstanzen auf besonderen Kongressen zu der Frage Stellung genommen. Während die radikale sozialdemokratische Partei sich in entschiedener Weise für die Aufrechterhaltung der Neutralität ausgesprochen hat, nimmt die sogenannte revisionistische Partei einen entgegengesetzten Standpunkt ein; sie will von einer „Neutralität unter allen Umständen“ nichts wissen. Und wenn die radikale sozialistische Partei sich für unbedingtes Festhalten an der Neutralität ausgesprochen hat, so hat doch der leitende Redakteur des offiziellen Parteiblattes, des „Avanti“, in einem veröffentlichten Privatgespräch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er anderer Meinung ist und daß er lieber sähe, wenn sich Italien aktiv auf die Seite der Gegner von Deutschland und Österreich stellen würde.

Was uns hier besonders interessiert, ist das Verhalten der italienischen Gewerkschaften und besonders der italienischen Gewerkschaftscentrale, die sich in den letzten drei Nummern ihres Blattes mit dem Kriege beschäftigt und mit deren scharfen Angriffen auf die deutsche Arbeiterschaft wir uns notgedrungen etwas ausführlicher auseinandersetzen müssen.

Im Blatt der italienischen Gewerkschaftscentrale, der „Confederazione del Lavoro“, vom 1. September befindet sich ein Artikel des Generalsekretärs Rigola, der sich mit dem Kriege befaßt. Unter anderem wird folgendes ausgeführt:

Das Ergebnis des Krieges muß die Niederwerfung des deutschen Feudalismus und die Auflösung des österreichisch-ungarischen Staates sein, um den Zusammenschließungsprozeß der Nationen in ihren natürlichen Grenzen zu beschleunigen, eine Zusammenschließung, die im Interesse des internationalen Zusammenarbeitens und der allgemeinen Abrüstung unerlässlich ist.

Es stehen sich hier zwei Prinzipien gegenüber: das eine, das sich auf den Militarismus, auf den Feudalismus und Despotismus stützt und das andere, das sich stützt auf die Demokratie. Die Wahl zwischen diesen beiden kann für uns nicht zweifelhaft sein.

Indem eine Unterstützung der beiden Centralmächte unbedingt ausgeschlossen ist, sehen wir auch nicht die Notwendigkeit für Italien, im Interesse der Triple-Entente das Schwert zu ziehen, wenigstens so lange nicht, wie diese nicht ihren Gegnern zu unterliegen droht.

Wiederholen wir: Die Klasse, der wir angehören, unsere Geschichte, unsere demokratische Verfassung führen uns dazu, so ernstlich wie möglich den Sieg der Triple-Entente herbeizuwünschen, weil wir hoffen, daß dieses den demokratischen Geist stärken und den durch die beiden Centralmächte repräsentierten Feudalismus und angreifenden Militarismus schwächen wird. Wir glauben, daß dieses auch im Interesse des Proletariats liegt, das sich gegen das Vorsehen der Herrschenden befindet und gegen das wir keinen

la gegenüber hätte man
naeßigten Standpunkt
Nummer des Blattes
Deutschland allge

„Die Götze“

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Expedition: Ulm a. D., Reithardtstraße 14.

Exemplare nach
des Börsenvereins der Buchhändler,
Leipzig
30. DEZ. 1914

o o o o o Rundschau. o o o o o

Der Burgfriede und die Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes!

Als bei Ausbruch des Krieges das gesamte deutsche Volk in einmütiger Begeisterung dem Rufe des Kaisers folgte, um für des Vaterlandes Freiheit und Ehre zu kämpfen, prägte man das vom Burgfrieden der verschiedenen Parteirichtungen. Wie dieser Burgfriede von einzelnen Mitgliedern des großen deutschen Holzarbeiterverbandes gehalten wird, möge folgender Fall zeigen. Wird da in der ersten Novemberwoche vom paritätischen Arbeitsnachweis, welcher nebenbei auch jetzt Kontrollstelle für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist, von uns das Mitglied L. Bott zu der Firma Griese u. Co. vermittelt. Jedoch als derselbe die Werkstatt betrat, wurde er sofort nach seiner Organisationszugehörigkeit befragt. Als er sich durch die Karte auswies, daß er Gewerkschaftler sei, erklärte man ihm: du bist kein Kollege für uns und mit dir arbeiten wir nicht, du bist zu Unrecht nach hier vermittelt und hast dich eingeschmuggelt. Der Kollege wandte sich an den Werkführer und dieser gab den Leuten eine Viertelstunde Bedenkzeit und ermahnte sie, in der jetzigen Zeit doch etwas kollektivistischer zu handeln. Doch weit gefehlt, der Delegierte ließ darüber abstimmen und da waren von 15 Mann 12 gegen und 3 für die Einstellung. Dem Werkführer erklärte man, daß man die Arbeit niederlegen würde, wenn er den genannten Bott einstellen würde. Da er es der Firma gegenüber nicht zu einem Kampf kommen lassen durfte, entließ er mit einem Bedauern unser Mitglied. Aus Haß und Neid gepaart mit Niedertracht und Verleumdung, ganz so wie es England Deutschland gegenüber macht, gab man unseren Kollegen dem Hunger preis. Damit aber diese Nachkollegen weiteren Kreisen bekannt werden, wollen wir sie hier an den Pranger stellen: Müller Paul, Schütt Karl, Franzen Heinrich, Münch Wilhelm, Tweeten Otto, Kramer Paul, Rogall Hermann, Lautenbach August, Wolf Emil, Bauer Franz, Drenthan Karl, Mohr Friedrich und Hoyer Theodor, letzterer unseres Wissens nach unorganisiert. Klopft man dem Holzarbeiterverband auf die Finger, so läuft er zum Ka wie wäre es, wenn man jetzt diese Missetäter einmal vor Gericht zitierte?
M. Scholz.

Ein Sozialist als Selbstprebiger.

Vor einigen Tagen hat Wandervelde in Westlandern eine offizielle Ansprache an Soldaten gehalten. Französische Wänter erzählen darüber folgendes: Auf Erlauchen des Königs Albert begab sich Wandervelde an die Front. Er hielt seine Rede vor zwei belgischen Regimentern. Ein Oberst stellte ihn den Soldaten vor, und während er redete, donnerten in der Ferne die Kanonen. Der sozialistische Führer behandelte das Thema, daß die Tatsache der Anwesenheit der indischen und senegalesischen Soldaten in der Armee der Verbündeten beweise, daß jetzt die ganze Menschheit für die Freiheit und die Zivilisation gegen die Deutschen kämpfe. (!)

Ausgerechnet die Inder und Senegalesen kämpfen für die Zivilisation! Der Krieg hat doch in den Köpfen mancher Zeitgenossen arge Verwirrung angerichtet. (Vorwärts.)

o o o o o Aus den Ortsvereinen. o o o o o

Berlin VII. (Modell- und Fabrikarbeiter.) Am Sonntag den 14. November fand eine außerordentliche Branchenversammlung statt. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren Ausschuhwahl und Erhebung eines Extrabeitrages. Vom Kolb. Gerner wurde der Antrag gestellt, in Anbetracht der schweren Zeit den ganzen Vorstand per Akklamation wieder zu wählen. Vom Obmann und vom Kassierer wurde dagegen Einspruch erhoben und mußten diese zwei per Stimmzettel gewählt bzw. wiedergewählt werden. Somit bleibt der Vorstand, wie er bis jetzt war. Mit dem Extrabeitrag wurde beschlossen: Vom 1. Nov. 1914 ab soll jeder Kollege, welcher voll beschäftigt ist, einen Extrabeitrag von 25 Pfg. pro Woche zahlen, zu Gunsten unserer Branche. Mit diesem Gelde sollen folgende Unterstützungen gedeckt werden: Jede Frau eines im Felde stehenden Kollegen erhält zu Weihnachten 10 Mk. Jeder ledige Kollege, welcher im Felde steht, erhält zu Weihnachten ein Paket. Jeder Kollege, welcher zu Weihnachten arbeitslos ist, erhält 10 Mk. — Jetzt, Kollegen, heißt es diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Bezahle ein Jeder jetzt pünktlich seinen Beitrag. Denn ein Jeder wird und darf jetzt nicht vor einem kleinen Opfer zurückschrecken.
Georg Gerner, Schriftführer.

Danzig. In der letzten Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende Kollege Kozska einen eingehenden Bericht über die vom Ortsverein Danzig I unternommene Hilfsaktion für die Frauen und Kinder unserer im Felde stehenden Mitglieder. Einleitend bemerkte er, daß die im Juli 1911 von dem Bezirksleiter Mroczkowski gemachten Ausführungen bei der Beschlußfassung zur Erhöhung des Lokalbeitrages, voll und ganz auf die jetzige Zeit zutreffen. Er sagte damals folgendes: „So ist es jetzt an der Zeit, Mittel und Wege zu suchen, um unseren Kriegsschicksal zu sammeln, um mit Ruhe dem Kampf entgegen sehen zu können.“ Hätten wir nicht eine so gut fundierte Lokalkasse, dann wären wir heute nicht in der Lage, eine derartige Kriegsunterstützung zahlen zu können. Ueber 80 Mitglieder befinden sich zur Zeit im Felde. Die Zahl der Kriegsteilnehmer wächst von Woche zur Woche, so daß wir jetzt 63 Frauen mit 129 Kindern zu unterstützen haben. Zweimal haben wir den Frauen schon Unterstützungen aus der Lokalkasse geben können und den Betrag von 841 Mark ausgezahlt. Der Eingang der freiwilligen Kriegsbeiträge ist leider auch nicht so zu verzeichnen, wie wir es uns gewünscht hatten. Einige Kollegen haben Beträge bis zu 10 Mark und noch mehr gezahlt; andere aber viel weniger und ein Teil hat aber für diesen Zweck auch nicht einen Groschen übrig. Trotzdem ist die Einnahme der freiwilligen Kriegsbeiträge in zwei Monaten gleich 172 Mark zu nennen. Die dritte Zahlung der Familienunterstützung soll noch vor Weihnachten zur Auszahlung gelangen. Wie ein treuforgender Vater für seine Kinder, machte der Vorsitzende folgenden Vorschlag: Für die Kinder unserer Kriegsteilnehmer eine Weihnachtsbescherung zu veranstalten. Dieser Vorschlag fand bei den Versammelten allgemeine Zustimmung. Zu diesem Punkt nahm auch unser Bezirksleiter Kollege Mroczkowski das Wort und sagte: Weihnachten, das Fest der Liebe naht! Es liegt im Weiden des deutschen Volkscharakters, daß wir dieses schönste aller Feste mit besonderer Innigkeit und Liebe umgeben. Alle Jahre haben wir uns im Kreise der Mitglieder zusammengefunden und uns gegenseitig dieses Fest ver-

ndhall.
und West,
erfest.
uns ins
Haus!
heraus!
schen uns
verhaßt,
was uns
paßt!
ts Feinde
nur,
kultur!
monnaie,
Bort Lord
Grey:
geweßt,
aufgehekt!
er, danket
mir's!
Theers!
Triumph,
und dum
ein Capo
id dumpf.
ehring.
hat. Die
die
über-
Kultur
e niedrigsten
erlaubten, des
in zynischer
n Grelsen,
deutschen
essertischen
n; Städte
überliche
behaltene
itäten, die
ganten in
Sozialisten
en geoen-
Mitschuld
Bandaldis-
ronischer-
bewegung
e wir in

wieder wie in früheren Jahrhunderten zu einer Autarkie, einer sich selbst genügenden Wirtschaft, geworden ist. Es war deshalb bei Kriegsausbruch selbstverständlich, daß unsere auf ein normales Wirtschaftsleben zugeschnittene Gesetzgebung gewissen Veränderungen unterworfen werden mußte, sollte nicht Handel und Wandel in ihren Grundfesten erschüttert werden.

Regelmäßig spricht man nun von der militärischen Seite des Weltkrieges, weil sie am stürmlichsten in die Augen springt. Von seiner wirtschaftlichen Seite hört man nur wenig, obwohl auch sie außerordentlich wichtig ist. In welchem Maße das der Fall ist, erhellt blitzartig jene Denkermeinung eines englischen Ministers, der Weltkrieg werde möglicherweise 20 Jahre lang dauern, weil es erst bis dahin gelungen sei, Deutschland zu Boden zu werfen. In diesen Worten liegt das Zugeständnis, daß Deutschland militärisch erst dann unterliegen wird, wenn es sich wirtschaftlich nicht mehr halten kann. Von der Erkenntnis der Bedeutung einer möglichen Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens — nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht — durchdrungen schufen Reichsregierung und Reichstag in jener denkwürdigen Sitzung vom 4. August innerhalb einer knappen Viertelstunde jene 17 vorwiegend wirtschaftlichen Gesetze, die bis jetzt durchaus segensreich gewirkt haben.

Bei Kriegsausbruch wurde vielfach die Schaffung eines Moratoriums verlangt, also die rechtliche Möglichkeit einer Stundung aller Zahlungsverpflichtungen gemäß dem Sage: „Im Krieg gebietet man nichts mehr zu bezahlen.“ Die Regierung ließ sich jedoch verständigerweise hierauf nicht ein, da sie von der Ansicht ausging, daß ein solches (allgemeines oder teilweises) Moratorium den wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeutet, während unser Wirtschaftsleben doch auf einer durchaus gesunden und soliden Grundlage beruht. Ein Moratorium dagegen hätte das wirtschaftliche Rückwärtsgeraten sicher zum Stillstand, vielleicht sogar in Verwirrung gebracht. Zu einer Weiterführung von Handel und Wandel ist aber unbedingt die Zahlungswilligkeit der Zahlungsfähigen notwendig, was bei einem Moratorium kaum anzunehmen ist. Auch die Sekretäre der Handelskammern, Reutlingen und Ulm haben diese Haltung der Regierung durchaus gebilligt.

Wegen des Mangels an praktischer Erfahrung infolge der langen Friedenszeit einerseits und des großen Aufschwungs unseres Wirtschaftslebens andererseits gab der Reichstag dem Bundesrat eine außerordentlich weitreichende Blankettvollmacht, indem er ihn ermächtigte, während des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen. Um aber dennoch den Wünschen der Reichsregierung gegenüber zur Geltung zu bringen, schränkte er diese Vollmacht dahin ein, daß ihm die repressiven Maßnahmen bei seinem nächsten Zusammentritt Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben. Die Regierung hat von dieser Ermächtigung bisher einen gebührenden Gebrauch machen müssen, weil der Einfluß des Krieges auf unser Wirtschaftsleben zu Anfang August noch sehr zu sehen war.

Das wichtigste ökonomische Gesetz betrifft die infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Pflichten verbundenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten das Verbot, wenn eine Partei zur mobilen oder zur verwendeten Land- und Seemacht oder zu der Festung gehört oder wenn eine Partei sich im Ausland aufhält oder als Kriegsgefangener des Feindes befindet. Diese Rechtswohlthat gilt an ungarische Staatsangehörige. Ferner wurde die Klage für unzulässig erklärt, außer wenn es sich um Sachen oder solche handelt, welche beträchtliche Summen ausgesetzt oder kostspielig aufzubewahren ein Konkursverfahren nur auf Antrag einer aus dem Ausland stammenden Partei eröffnet ist, a) ausgelegt, wobei natürlich Verzögerung und Unklarheit vermieden werden.

Auf dem Gebiete des Wechsel- und Scheckwesens wurde der höhere Gewalt eingeführt, die da wenn entweder das Gebiet vom Feind besetzt oder regelter Postverkehr nicht mehr besteht oder wenn infolge ausländischer Vorschriften nicht geltend gleichzeitig wurde die Frist zur Erhaltung und Wechselrechts und des Regre Rechts aus dem Ausland verlängert. — Auf dem Gebiete des Münzwesens wurde die Reichsbanknoten (geprüft)

mittel) gleichgesetzt. Später wurde infolge der nicht bedenklichen Geldpolitik der Reichsbank die Goldklausel in den Verträgen außer Wirkung gesetzt.

Die Unterstützung der Angehörigen Ausmarschierter wurde modernem Empfinden gemäß auch auf uneheliche Kinder ausgedehnt und die Beiträge für Ehefrauen auf 9 bzw. 12 M. und für Kinder auf 6 M. monatlich erhöht. Außerdem wurde Vorsorge getroffen, daß die Anwartschaften aus der Krankenversicherung den Ausmarschierern erhalten bleiben. Gewisse Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter können durch den Reichstanzler aufgehoben werden. Ferner wurden Maßnahmen zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen durch Festsetzung der Leistungen auf die Regelleistungen und der Beiträge auf 4 1/2 Prozent des Grundlohnes getroffen. Reichlich die Beiträge nicht aus, so ist das Defizit von den Gemeindeverbänden bzw. Arbeitgebern bzw. Innungen zu tragen.

Wichtig für den Großhandel war die Bestimmung, daß bei der Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren (Kupfer, Zucker, Binn, Kaffee, Getreide, Mehl und Baumwolle) es so angesehen wird, als ob ein Vertragsteil gemäß eines ihm zustehenden Rechtes zurückgetreten wäre. Jedoch wird durch die Landeszentralbehörde ein Liquidationspreis festgesetzt, der für die Vereinigung dieser Termingeschäfte verbindlich ist. Ist der parteinmäßig vereinbarte Preis niedriger als der Liquidationspreis, dann kann der Käufer vom Verkäufer die Differenz ausbezahlt verlangen; ist er dagegen höher, dann der Verkäufer vom Käufer.

Die wichtigsten und einschneidendsten Bestimmungen des Zolltarifs wurden im Interesse der Ernährung der breiten Masse beseitigt und die Bestimmungen der Fleischschau gemildert. Aus dem gleichen Grunde wurde die Möglichkeit der Festsetzung von Höchstpreisen für Gegenstände des täglichen Bedarfs, von Futtermitteln aller Art, sowie für wolle Naturerzeugnisse, Holz und Leuchtmittel, vorgesehen, von welcher Ermächtigung die Regierung leider erst außerordentlich spät (28. Oktober) und auch da nur unvollständig Gebrauch gemacht hat.

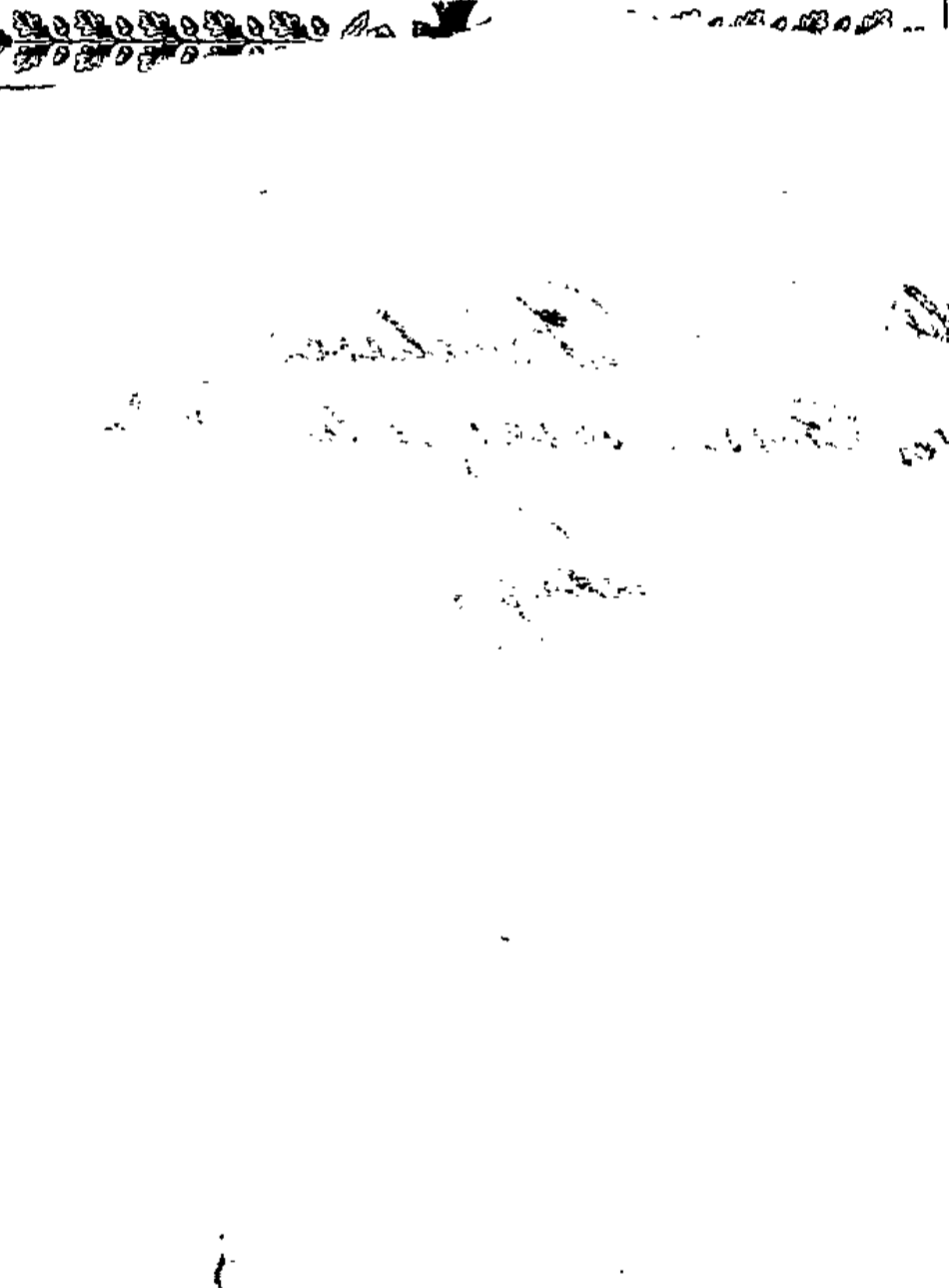
Für das Kreditbedürfnis des Mittelstandes und zur Beförderung des Handels und Gewerbebetriebs wurden Darlehensstellen errichtet, die gegen Stellung von Sicherheit (Verpfändung von Waren, Wertpapieren und Forderungen des Reichs und Staatsschuldbuch) Darlehen nicht unter 100 M. und nicht über 3 Monate (ausnahmsweise 6 Monate) gewähren. Für drei Mil-

liarden Mark werden Darlehensstellen zu 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Mark ausgegeben. Da jedoch Wechsel, Hypotheken, Sparbuchsicherungen und Bürgschaftstellungen eine kassenmäßige Sicherheit nicht bieten, wurden vom Handwerk im Wege der Selbsthilfe und mit privater, körperlicher, gemeinsamer und staatlicher Unterstützung — in Württemberg der Zentralfonds für Gewerbe und Handel — Kriegskreditkassen errichtet, die dem Bedürfnis insbesondere des kleineren Mittelstandes Rechnung tragen sollen, was bereits schon in erheblichem Maße der Fall war. Es gibt eben eine Menge kleiner Leute, die keine Wertpapiere und Schuldbuchforderungen haben, die keine Waren lombardieren können, die nicht Mitglieder von Kreditgenossenschaften sind und denen Privatbanken auch keinen Kredit gewähren. Ihnen allen soll die Kriegskreditkassen helfend unter die Arme greifen.

Wichtig ist für viele Kreise vor allem die Möglichkeit einer gerichtlichen Bewilligung von Zahlungsfristen bis zu 3 Monaten, wenn es die Lage des Schuldners rechtfertigt und der Gläubiger dadurch keinen unverhältnismäßigen Nachteil erleidet. Dahin gehört auch die weitere Bestimmung, daß das Prozeßgericht auf Antrag des Schuldners die besonderen Rechtsfolgen, die wegen Nichtzahlung oder nicht rechtzeitiger Zahlung einer Geldforderung eintreten, aussetzen kann, wie z. B. die Verpflichtung zur Räumung einer Wohnung wegen Nichtzahlung des Mietzinses oder die Fälligkeit eines Kapitals wegen Nichtzahlung der Zinsen.

Da erfahrungsgemäß bei Konkursen und Versteigerungen die Waren leicht zu Schandpreisen verschleudert werden, was in Kriegzeiten wegen der geringeren Kaufkraft besonders stark der Fall ist, hat das Gesetz Abhilfe vorgesehen. So kann jedes Abhandlung eines Konkursverfahrens eine Geschäftsaufsicht angeordnet werden, wenn die Zahlungsunfähigkeit infolge des Krieges eingetreten ist. Hievon wurde schon vielfach und wie es scheint mit gutem Erfolge Gebrauch gemacht. Der entscheidende Gesichtspunkt ist natürlich der, ob der Inhaber seine Unternehmerpflichten in richtiger Weise erfüllt hat und erfüllen kann. Außerdem wurde ein Mindestangebot für die Versteigerung gepfändeter Sachen festgesetzt. Darnach muß vor der Versteigerung der gemöhnliche Verkaufspreis durch den Gerichtsvollzieher oder durch Sachverständige ermittelt werden. Das Mindestangebot beträgt die Hälfte des gemöhnlichen Verkaufswerts und erst wenn ein solches Mindestangebot bei der Versteigerung erfolgt, wird der Zuschlag erteilt.

Im militärischen Interesse liegt die Bestimmung der Überwachung ausländischer Unternehmungen durch staatliche Aufsichtsbeamten. Aus Vergeltungsgründen wurden Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland erlassen und die Festsetzung von Höchstpreisen für die Versteigerung von Höchstpreisen wurde eine Vorbedingung des täglichen Bedarfs und ein Höchstpreis von Vieh (Kälber unter 75 Kg. Schweine unter 75 Kg.) festgesetzt. Am 28. Okt.



festgesetzt. Am 28. Okt. je normiert: für Roggen 222 M. pro Tonne loco nach der Qualität vorgezogen 13 M., für Zucker pro Hafer 220 M., für Karbonat von der Festsetzung von hier zu dem Einzelstaat und in Württemberg u. a. den hat bekanntlich für Fleisch erfreulicherweise Gebrauch erhalten werden, wüßten- lebernahme und zum Versteigern ermächtigt ist. Für das Weizenbrot nur mit 5 von Roggenmehl und mindestens 5 Prozent Karbonat darf. Enthält das das Zeichen „K“ tragen, Zahl der Prozente zugehör den Verkehr mit Brot angut werden und auf ihre 1500 M. gesetzt. Es ist malinteresse dringend zu ot“ gekauft und verzehrt isten Ernte hinüberreichen, von Brotgetreide können

Frage zu streifen, ob die Höchstpreisen berechtigt ist, sicherlich nicht, wohl aber

ender Gesundheits und Lebens Francs den Tag, Herr, n.“ Er selbst war unbezweifelbar war zerstückt, seine ung hatte ihn zum armen Dennoch, und dies war Mann sich keineswegs als über deutsch gewesen und iter war zu hart gedrückt an konnte kaum noch ver- Unter deutscher Herrschaft ich bemerkte beiläufig, daß ng unverständlichen elässer der spezifische Norddeutsche, gekommen, wird am ersten en, wie den Schwaben oder nur ein paar Wochen in ht den Elässer und wird Deutsch ist fast ganz der reiche Dialekt, in welchem n Gedichte geschrieben hat. ringste Hindernis der Ver-

orte de Pierres) ist durch kann verschaffe mir jedoch ortal und hatten von hier die Hauptangriffsfrent der hier besonders breit und in den Fehler, von keiner entgegengesetzt liegenden aus eines Wasserlaufs zu ste war daher sehr richtig Urteil aller Sachverständigen ein unübertroffenes Meisterwerk sein, wenn nicht das dreitägige grausame und nutzlose Bombardement — wie General v. Werder jetzt selbst zugestehen soll — den Ruhm derselben schmälerte. (Fortf. folgt.)

Briefe vom Kriegshauptplatz

Von Dr. Max Pirisch

Straßburg, 4.

Die ersten Gebäude auf dem Ufer, dem vort sind arg zerstört und gänzlich verlassen. Hier eine (1 Kilometer oder eine Stunde län- lichen Platanen und Eppeln nach der S. mit Aufschriften wie „Commissariat de Police“ fast sämtlich von den Franzosen umgebaut, u Gärten zu beiden Seiten haben die deutschen Ange- selbst von einem Friedhof zur Linken der Straße sind und ein Teil der Grabdenkmäler zertrümmert, aber erblickt man in geringer Entfernung die w mit ihren Trümmerhaufen. Ueber all der Verm Himmelhoch und immer deutlicher seine wunde entsehend, der Märker gleich einer Warte des Hoffnung! Durch die imposante „Porte d'Alsace“ ungen und Werke gänzlich unvertezt sind, fuhr ein und lag in einem der nächsten Straßhäuser, Bären“ ab. In den niedrigen, recht jüdeut Gehäusen wimmelte es von denjenigen Soldat Nach einem fraglichen Rücksicht war ich eben jungen Bedenkens die Stadt zu durchstreifen, e freudigen Heberzeugung am Ardehelfstisch ein Landmann“ ab. Ich wand, den Hausmann Schrad webräger u. d. d. d. Dieser Offizier, der in von Schützentrupps und auf den Längeren 33 un- rung id, mit, machte, erbot sie, mir als willt und an keiner Seite richtete ich meine Schritte plag der Schützentrupps, dem Steintor.

Der Kommandant, den ich auf meinem Wege schreibend, Straßburg gleich halb einem Jahr Ruine. Auf der ganzen Hauptstraße vom Anstehistor über die Al, den alten Fischmarkt, den Büchsenbergplatz, die Arkadenstraße bis zum Kiefernplatz kann eine Spur der Belagerung, die Läden wagen und mit Waren aller Art, Silber- und Silberwaren,

Arbeiter mit intelligenten Zügen schilderte uns angeführt der leider zerstörten, unersehbaren Bibliothek auch seine eigenen Schid- jale. Sein Gewerbe als Steinhaue hatte natürlich vollständig aufgehört; er verdiente den Unterhalt für sich und die Seinen

was in U m offenbar übersehen wurde — nach Art. 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit dem preuß. Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, wonach die Militärbehörde zur Erlassung von Vorschriften im Interesse der allgemeinen Sicherheit befugt ist. Daß aber die Normierung von Höchstpreisen diesem Interesse entspricht, kann füglich nicht in Zweifel gezogen werden.

Unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung fehlt bislang der einheitliche Aufbau. Sie besteht aus einer systemlosen Aneinanderreihung von Vorschriften, deren Erlassung sich im Laufe der Kriegszeit als notwendig erwiesen hat. Hieraus etwa einen Entwurf gegen die gesetzgebenden Körperschaften zu erheben, wäre unbillig, da ihnen jegliche praktische Erfahrung abging. Die ökonomischen Verhältnisse zur Zeit der letzten Kriege waren ganz andere, viel einfachere und durchsichtiger. Jeder Einzelne von uns muß nach seinen Kräften dazu beitragen, das Wirtschaftsleben aufrecht und im Gang zu halten, schon um der finanziellen Bedürfnisse des Krieges willen. Aus nationalen Gründen müssen wir die schwere Zeit um jeden Preis durchhalten, denn nicht um uns, sondern um das Vaterland handelt es sich jetzt. Diese Erkenntnis macht uns unüberwindbar.

Die italienischen Gewerkschaften und wir.

Unter dieser Überschrift bringt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen beachtenswerten Artikel, den wir hier glauben unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, da hier am deutlichsten klar gelegt wird, daß die rote Internationale elendig in Trümmern gegangen ist, aber auch sonst interessante Ausführungen über die Haltung Italiens bringt. In dem Artikel heißt es:

Als der Weltkrieg ausbrach, hielt man es im Volke für selbstverständlich, Italien an der Seite von Deutschland und Oesterreich zu finden; die Erklärung der italienischen Neutralität erregte allgemeines Erstaunen. Inwieweit Italien seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den beiden anderen Mächten des Dreibundes erfüllt hat, haben wir hier nicht zu untersuchen, ebensowenig ob die beruhigenden Erklärungen der deutschen und österreichischen Regierungen auf Ueberzeugung oder Taktik beruhen.

Die italienische Regierung erklärte also ihre Neutralität und zwar eine wohlwollende Neutralität. In der Presse wurde auf die Vorteile hingewiesen, die mit dieser Neutralität für die kriegsführenden Staaten Deutschland und Oesterreich verbunden sein sollten. Die öffentliche Meinung begann sich zu beruhigen.

Nun brachten aber bereits die ersten Tage nach Ausbruch des Krieges Mitteilungen über eine allgemeine deutsch- und österreichfeindliche Stimmung der italienischen Bevölkerung und der italienischen Presse. Es entstand in Italien eine scharfe Agitation, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine Teilnahme am Kriege auf Seiten Frankreichs, Englands, und Russlands hinwirkte.

Durch diese unausgesetzte deutsch- und besonders österreichfeindliche Agitation wurde die Situation teilweise so bedenklich, daß damit gerechnet werden mußte, Italien aktiv auf der Seite unserer Feinde zu finden. Es ist nicht übertrieben, was uns einmal in einem Gespräch von einem in Italien lebenden Deutschen gesagt wurde, daß zu jener Zeit von Seiten der italienischen Königs- und Ministerpräsidenten mehr Mut dazu gehörte, die Neutralität aufrechtzuerhalten, als in der vorersteren Kampfreihe im Felde zu stehen. Jedenfalls stand fest, daß ein Beschluß der Regierung auf Teilnahme am Kriege auf Seiten Deutschland-Oesterreichs zur Revolution geführt haben würde.

Dieses Verhalten der italienischen öffentlichen Meinung klammerte sich an verschiedene Umstände, die mit dem Ausbruch und der Durchführung des Krieges verbunden waren. Es ist indessen kaum daran zu zweifeln, daß auch ohne diese Umstände die Stimmung eine deutsch-österreichfeindliche gewesen wäre.

Der Ausbruch des Krieges hat bewiesen, daß der Dreibund, soweit Italien in Betracht kommt, nur ein diplomatisches Gebilde ist und keine Stütze im Volksbewußtsein hat. Andernfalls wäre es nicht möglich gewesen, daß eine solche deutschfeindliche Stimmung entstehen konnte.

Die Ursache dieser Stimmung liegt vor allem in dem Gegensatz zwischen Italien und Oesterreich. Oesterreich hat lange Zeit den Norden des jetzigen Italiens beherrscht. Im Süden Oesterreichs und auf der anderen Seite der Adria gibt es noch Landstriche mit einer Bevölkerung italienischer Abstammung und mit italienischer Sprache. Dieses sogenannte unerlöste Italien beunruhigt die italienische öffentliche Meinung fortwährend und die Nationalisten verlangen den Anschluß dieser Gebiete an das geeinte Italien. Man hält vielfach die jetzige Gelegenheit für günstig, um diesen alten Traum der Italiener zu erfüllen.

Italien wird in geistiger Hinsicht von Frankreich viel mehr als von Deutschland beeinflusst. Die Kenntnis der französischen Sprache ist weit mehr verbreitet, als die der deutschen Sprache die französische Presse spielte immer in italienischen Redaktionen eine größere Rolle als die deutsche Presse; dazu kommt, daß nach kaum zu wiederlegenden Behauptungen einige einflussreiche italienische Zeitungen von französischem Kapital abhängig sind.

So war bei Ausbruch des Krieges ein günstiger Nährboden für die französische Beeinflussung vorhanden. Die französischen Schwindelmeldungen wurden von den meisten italienischen Zeitungen teils in gutem Glauben, teils aber auch in bestimmter Absicht nachgedruckt und mit den in der italienischen Presse üblichen phrasenreichen Kommentaren versehen. Die ersten Seiten der Zeitungen enthielten unter fetten in die Augen springenden Überschriften die aus französischen Quellen stammenden Mitteilungen, deutsche Nachrichten wurden gar nicht oder doch weniger ausführlich gebracht und so wurde die öffentliche Meinung Italiens gegen Deutschland und Oesterreich eingenommen. Wenn man etwas tun will, das nach dem allgemeinen Empfinden nicht für richtig gehalten wird, muß man irgend einen Deckmantel suchen und deshalb wurde immer und immer wieder auf die Schuld von Deutschland und Oesterreich am Ausbruch des Krieges und auf die Grausamkeiten der deutschen Kriegführung, vor allem aber auf die Belgien gegenüber begangene Neutralitätsverletzung hingewiesen, während man die Unrechte für alles Unrechte, das auf der anderen Seite geschah, absichtlich verschloß.

Dieser allgemeinen erregten Stimmung hat sich leider auch die italienische Arbeiterschaft nicht entziehen können, soleglich man annehmen sollte, daß dies jahrelange intime Zusammenarbeiten zwischen den deutschen und italienischen Genossen, sowohl auf politischem wie auch auf gewerkschaftlichem Gebiet, dann aber auch die regelmäßige Anwesenheit von großen Massen italienischer Arbeiter in Deutschland, dieses verbinden mußte. Man hat anscheinend in der italienischen Arbeiterbewegung Deutschland und Oesterreich gegenüber jedes gemeinschaftliche und freundschaftliche Gefühl verloren und in direkter Beschimpfung der Arbeiter-

schaft dieser Länder so erhebliches geleistet, daß bereits verschiedene Partei- und Gewerkschaftsblätter in Deutschland in scharfer Weise dagegen protestiert haben. Inzwischen haben die italienischen Parteinstanzen auf besonderen Kongressen zu der Frage Stellung genommen. Während die radikale sozialdemokratische Partei sich in entschiedener Weise für die Aufrechterhaltung der Neutralität ausgesprochen hat, nimmt die sogenannte revisionistische Partei einen entgegengesetzten Standpunkt ein; sie will von einer „Neutralität unter allen Umständen“ nichts wissen. Und wenn die radikale sozialistische Partei sich für unbedingtes Festhalten an der Neutralität ausgesprochen hat, so hat doch der leitende Redakteur des offiziellen Parteiblattes, des „Avanti“, in einem veröffentlichten Privatgespräch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er anderer Meinung ist und daß er lieber sähe, wenn sich Italien aktiv auf die Seite der Gegner von Deutschland und Oesterreich stellen würde.

Was uns hier besonders interessiert, ist das Verhalten der italienischen Gewerkschaften und besonders der italienischen Gewerkschaftszentrale, die sich in den letzten drei Nummern ihres Blattes mit dem Kriege beschäftigt und mit deren scharfen Angriffen auf die deutsche Arbeiterschaft wir uns notgedrungen etwas ausführlicher auseinandersetzen müssen.

Im Blatt der italienischen Gewerkschaftszentrale, der „Confederazione del Lavoro“, vom 1. September befindet sich ein Artikel des Generalsekretärs Rigola, der sich mit dem Kriege befaßt. Unter anderem wird folgendes ausgeführt:

„Das Ergebnis des Krieges muß die Niederwertung des deutschen Feudalismus und die Auflösung des österreichisch-ungarischen Staates sein, um den Zusammenschließungsprozeß der Nationen in ihren natürlichen Grenzen zu beschleunigen, eine Zusammenschließung, die im Interesse des internationalen Zusammenarbeitens und der allgemeinen Abklärung unerlässlich ist.“

Es stehen sich hier zwei Prinzipien gegenüber: das eine, das sich auf den Militarismus, auf den Feudalismus und Despotismus stützt und das andere, das sich stützt auf die Demokratie. Die Wahl zwischen diesen beiden kann für uns nicht zweifelhaft sein.

Indem eine Unterstützung der beiden Centralmächte unbedingt ausgeschlossen ist, sehen wir auch nicht die Notwendigkeit für Italien, im Interesse der Triple-Entente das Schwert zu ziehen, wenigstens so lange nicht, wie diese nicht ihren Gegnern zu unterliegen droht.

Wiederholen wir: Die Rasse, der wir angehören, unsere Geschichte, unsere demokratische Verfassung führen uns dazu, so ernstlich wie möglich den Sieg der Triple-Entente herbeizuwünschen, weil wir hoffen, daß dieses den demokratischen Geist stärken und den durch die beiden Centralländer repräsentierten Feudalismus und angehenden Militarismus schwächen wird. Wir glauben, daß dieses auch im Interesse des Proletariats liegt, das Wilhelm und Franz Josef untertan ist und gegen das wir keinen Groll hegen.“

Dieser ruhigen Darstellung von Rigola gegenüber hätte man in der selben ruhigen Weise unseren entgegengesetzten Standpunkt vertreten können. Nun enthielt aber dieselbe Nummer des Blattes in ganz auffälliger Schrift eine Notiz, die in Deutschland alle-

Die Stimmen von Guildhall.

Preisend mit viel schönen Reden ihre Macht in Ost und West, Sagen Englands Würdenträger bei dem Bürgermeisterfest.

In Aegypten, sprach Lord Asquith, fällt der Türke uns ins Haus!

Was wir ehrlich einst gestohlen, geben wir nicht mehr heraus!

Auf dem Meere, rief Lord Churchill, sind die Deutschen uns verhaßt,

Niemand darf zur See uns hindern, auszuplündern, was uns paßt!

Diese Deutschen, knurte Ritshener, sind des Fortschritts Feinde nur,

Mit Kosaken und mit Ghurkas schützt der Britte die Kultur!

— Einer, Hände in den Hosentaschen, spielte mit dem Portemonnaie,

Häutlich grinsend, Zähne fleischend, so ergriff das Wort Lord Grey:

Nicht vergeßt, geliebte Brüder, wer das Messer hat gewetzt,

Wer im fernsten Erdwinkel Nord- und Raubgier ausgehzt!

Das ist mein Verdienst! Vergeßt nicht, liebe Brüder, danket mir's!

Da erhoben sich die andern und umbrausten ihn mit Cheers!

Nie soll dir's vergessen werden! Klang's in jubelndem Triumph.

Nie soll dir's vergessen werden! dröhnt ein Echo wohl und dum

Nie soll dir's vergessen werden! dröhnt ein Echo hohl und dumpf.

(„Hurr“.) Sigmar Mehring.

meine Entrüstung unter der Arbeiterschaft ausgelöst hat. Die Notiz lautet:

„Teutonische Kultur und Zivilisation. Die Nachrichten, die aus Belgien, dem interessantesten Kriegsschauplatz, eintreffen, überraschen, rühren und entrüsten. Die Ritter der teutonischen Kultur und Zivilisation begehen Scheußlichkeiten, die unter die niedrigsten und abstoßendsten Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten, des Glaublichen und des Unglaublichen hinabgehen. Neutralität, Völkerrechte und Verträge werden in zynischer und frecher Weise verletzt und aufgehoben; Scharen von Greisen, Weibern und Kindern mit den Bajonetten vor den deutschen Truppen hergetrieben, um auf die Feinde einen erpresserischen Druck auszuüben und sie ungestraft schlagen zu können; Städte dem Boden gleichgemacht und Kunstwerke zerstört; räuberische Brandstiftungen der Städte und der als Geiseln gehaltenen Bürger; das sind die großen Kultur- und Zivilisationsstaten, die von den teutonischen Vandalen, Barbaren und Briganten in Belgien verrichtet werden.“

Es wäre nützlich, zu wissen, was die deutschen Sozialisten und Gewerkschaftler denken, sagen und tun diesen Dingen gegenüber; denn es wiederstrebt uns an ihre Einwilligung, Mitschuld und Mitzverantwortlichkeit zu lauben. Aus diesen schauflüchtigen Taten der Barbarei, des Vandalismus und des Brigantentums enthüllt sich das, was man ironischerweise deutsche Kultur und Zivilisation nennen kann. Hinweg damit!

Diese Notiz hat bereits zu einer lebhaften Abwehrbewegung in der deutschen Gewerkschaftspresse geführt, auf die wir in einem zweiten Artikel zurückkommen wollen.

Der Burgfriede und die Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes!

Als bei Ausbruch des Krieges das gesamte deutsche Volk in einmütiger Begeisterung dem Rufe des Kaisers folgte, um für des Vaterlandes Freiheit und Ehre zu kämpfen, prägte man das vom Burgfrieden der verschiedenen Parteirichtungen. Wie dieser Burgfrieden von einzelnen Mitgliedern des großen deutschen Holzarbeiterverbandes gehalten wird, möge folgender Fall zeigen. Wird da in der ersten Novemberwoche vom partizipativen Arbeitsnachweis, welcher nebenbei auch jetzt Kontrollstelle für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist, von uns das Mitglied L. Bott zu der Firma Frieze u. Co. vermittelt. Jedoch als derselbe die Werkstatt betrat, wurde er sofort nach seiner Organisationszugehörigkeit befragt. Als er sich durch die Karte auswies, daß er Gewerksvereiner sei, erklärte man ihm: du bist kein Kollege für uns und mit dir arbeiten wir nicht, du bist zu Unrecht nach hier vermittelt und hast dich eingeschmuggelt. Der Kollege wandte sich an den Werksführer und dieser gab den Leuten eine Viertelstunde Bedenkzeit und ermahnte sie, in der jetzigen Zeit doch etwas kollegialer zu handeln. Doch weit gefehlt, der Delegierte ließ darüber abstimmen und da waren von 15 Mann 12 gegen und 3 für die Einstellung. Dem Werksführer erklärte man, daß man die Arbeit niederlegen würde, wenn er den genannten Bott einstellen würde. Da er es der Firma gegenüber nicht zu einem Krad kommen lassen durfte, entließ er mit einem Bedauern unser Mitglied. Aus Haß und Neid gepaart mit Niedertracht und Verleumdung, ganz so wie es England Deutschland gegenüber macht, gab man unseren Kollegen dem Hunger preis. Damit aber diese Ausholungen weiteren Kreisen bekannt werden, wollen wir sie hier an den Bräuer stellen: Müller Paul, Schütt Karl, Franzen Heinrich, Münch Wilhelm, Twesten Otto, Kramer Paul, Rogall Hermann, Lautenbach August, Wolf Emil, Bauer Franz, Drenthan Karl, Mohr Friedrich und Hoyer Theodor, letzterer unseres Wissens nach unorganisiert. Klopf man dem Holzarbeiterverband auf die Finger, so läuft er zum Rabi; wie wäre es, wenn man jetzt diese Missetäter einmal vor das Gericht zitierte? W. Scholz.

Ein Sozialist als Feldprediger.

Vor einigen Tagen hat Vandervelde in Westflandern eine offizielle Ansprache an Soldaten gehalten. Französische Blätter erzählen darüber folgendes: Auf Ersuchen des Königs Albert begab sich Vandervelde an die Front. Er hielt seine Rede vor zwei belgischen Regimentern. Ein Oberst stellte ihn den Soldaten vor, und während er redete, donnerten in der Ferne die Kanonen. Der sozialistische Führer behandelte das Thema, daß die Tatsache der Anwesenheit der indischen und senegalesischen Soldaten in der Armee der Verbündeten beweise, daß jetzt die ganze Menschheit für die Freiheit und die Zivilisation gegen die Deutschen kämpfe. (!)

Ausgerechnet die Inder und Senegalesen kämpfen für die Zivilisation! Der Krieg hat doch in den Köpfen mancher Zeitgenossen arge Verwirrung angerichtet. (Vorwärts.)

Aus den Ortsvereinen.

Berlin VII. (Wobell- und Fabriktschler.) Am Sonnabend den 14. November fand eine außerordentliche Brancherversammlung statt. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren Ausschusswahl und Erhebung eines Extrabeitrages. Von Adolf Gerner wurde der Antrag gestellt, in Anbetracht der schweren Zeit den ganzen Vorstand per Akklamation wieder zu wählen. Vom Obmann und vom Kassierer wurde dagegen Einspruch erhoben und mußten diese zwei per Stimmzettel gewählt bzw. wiedergewählt werden. Somit bleibt der Vorstand, wie er bis jetzt war. Mit dem Extrabeitrag wurde beschlossen: Vom 1. Nov. 1914 ab soll jeder Kollege, welcher voll beschäftigt ist, einen Extrabeitrag von 25 Pfg. pro Woche zahlen, zu Gunsten unserer Branche. Mit diesem Gelde sollen folgende Unterstüngen gedeckt werden: Jede Frau eines im Felde stehenden Kollegen erhält zu Weihnachten 10 Mk. Jeder ledige Kollege, welcher im Felde steht, erhält zu Weihnachten ein Paket. Jeder Kollege, welcher zu Weihnachten arbeitslos ist, erhält 10 Mk. — Jetzt, Kollegen, heißt es diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Bezahle ein Jeder jetzt pünktlich seinen Beitrag. Denn ein Jeder wird und darf jetzt nicht vor einem kleinen Opfer zurückschrecken. Georg Gerner, Schriftführer.

Danzig. In der letzten Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende Kollege Rozsa einen eingehenden Bericht über die vom Ortsverein Danzig I unternommene Hilfsaktion für die Frauen und Kinder unserer im Felde stehenden Mitglieder. Einleitend bemerkte er, daß die im Juli 1911 von dem Bezirksleiter Mroczkowski gemachten Ausführungen bei der Beschlussfassung zur Erhöhung des Lokalbeitrages, voll und ganz auf die jetzige Zeit zutreffen. Er jagte damals folgendes: „So ist es jetzt an der Zeit, Mittel und Wege zu suchen, um unseren Kriegsschauplatz zu sammeln, um mit Ruhe dem Kampf entgegen sehen zu können.“ Hätten wir nicht eine so gut fundierte Lokalkasse, dann wären wir heute nicht in der Lage, eine derartige Hilfsunterstützung zahlen zu können. Ueber 80 Mitglieder befinden sich zur Zeit im Felde. Die Zahl der Kriegsteilnehmer wächst von Woche zur Woche, so daß wir jetzt 63 Frauen mit 129 Kindern zu unterstützen haben. Inwiefern haben wir den Frauen schon Unterstüngen aus der Lokalkasse geben können und den Betrag von 841 Mark ausgegahlt. Der Eingang der freiwilligen Kriegsbeiträge ist leider auch nicht so zu verzeichnen, wie wir es uns gewünscht hatten. Einige Kollegen haben Beträge bis zu 10 Mark und noch mehr gezahlt; andere aber viel weniger und ein Teil hat aber für diesen Zweck auch nicht einen Groschen übrig. Trotzdem ist die Einnahme der freiwilligen Kriegsbeiträge in zwei Monaten gleich 172 Mark zu nennen. Die dritte Zahlung der Familienunterstützung soll noch vor Weihnachten zur Auszahlung gelangen. Wie ein treuforsgender Vater für seine Kinder, machte der Vorsitzende folgenden Vorschlag: Für die Kinder unserer Kriegsteilnehmer eine Weihnachtsbescherung zu veranstalten. Dieser Vorschlag fand bei den Versammelten allgemeine Zustimmung. Zu diesem Punkt nahm auch unser Bezirksleiter Kollege Mroczkowski das Wort und sagte: Weihnachten, das Fest der Liebe nahe! Es liegt im Wesen des deutschen Volkscharakters, daß wir dieses schönste aller Feste mit besonderer Innigkeit und Liebe umgeben. Alle Jahre haben wir uns im Kreise der Mitglieder zusammengefunden und uns gegenseitig dieses Fest ver-

schönt. Nun steht diesmal fast die Hälfte unserer Mitglieder im Felde und wird an diesem Feste nicht teilnehmen können. Wenn wir uns besonders zur Weihnachtszeit eines alle umschlingenden Bandes der Liebe bewußt werden, so ist es in dieser Zeit der Kriegszeit eine besondere Ehrenpflicht der Mitglieder, die daheim geblieben sind, der Kinderchen zu gedenken, wo die Mütter dieses Friedensfest auf blutiger Waisheit begehen. — Es wurde beschlossen, extra für diesen Zweck Sammelkisten unter den Mitgliedern zirkulieren zu lassen, mit der Bitte, jeder nach seinen Kräften hierzu beizusteuern. Deshalb ergeht der Ruf an unsere Mitglieder: Gebt reichlich, gebt viel, denn diese Wenige machen auch ein Viel! Gilt tut viel! Herzlichen Dank allen Gebern im voraus.
Der Ausschuss.

Hamburg. Der nun schon über 4 Monate tobende Krieg hat auch über die alte Handelsmetropole Hamburg schwere wirtschaftliche Störungen gebracht. Ganze Industriezweige waren gezwungen, den Betrieb einzuschränken, bezw. einzustellen. Am schwersten davon mitgetroffen wurde die Holzindustrie mit der Musikinstrumentenbranche an der Spitze. Von letzteren hielt der größte hier am Orte, die Firma **Steinway & Sons**, noch am längsten seine Tore geöffnet, nämlich bis 22. August. Die Arbeitslosigkeit nahm einen Umfang an, wie wir sie noch nie erlebt haben, zählte doch unser Ortsverein von den zurückgebliebenen Mitgliedern noch ganze 15 Prozent der vollbeschäftigten Kollegen. Heute nach 16 Wochen kann man mit vollem Recht behaupten, daß die Maßnahme des Hauptvorstandes berechtigt war, die Unterstützungsfähigkeit zu kürzen, um die Grundfesten der Organisation gesund zu erhalten. Die heute noch darüber nörgeln und kritisieren sind jedes Solidaritätsgefühles bar und ihrer Kurzsichtigkeit wegen als unheilbar zu betrachten. Den hiesigen Kollegen konnten auf Grund unserer gut fundierten Lokalkasse Zuschüsse gewährt werden. Um über die Zeit hinaus etwas zu tun, wurde beschlossen, 1 Mark Extrabeitrag pro Woche zu erheben. In den Besprechungen informierten wir uns durch zwei Vorträge des Kollegen Scholz über die Leistungen der Organisationen und der Gemeinden während der Kriegszeit. Was die Republik Hamburg für die Arbeitslosen getan hat, ist bitter wenig. Außer Notstandsarbeiten lehnte man eine weitere Fürsorge ab und verwies die Arbeitslosen auf die Kriegshilfe oder die Armenverwaltung. Die Einführung einer städtischen Arbeitslosenfürsorge liegt hier noch in weiter Ferne. In dieser Zwischenzeit hat sich für den Ortsverein das Verhältnis etwas gebessert, indem ein Teil bei der Straßenbahn, Post, Hochbahn und sonstigen Betrieben Unterkommen gefunden haben. Der Verdienst in diesen Betrieben läßt jedoch sehr viel zu wünschen übrig und sind diese Lohnverhältnisse einer Großstadt wie Hamburg unwürdig. An die Kollegen aber ergeht die Mahnung, die Bemühungen des Vorstandes mehr durch praktische Mitarbeit zu unterstützen und die Organisation als schützendes Schutz- und Trugmittel zu betrachten. Leider hat der Krieg von unserem Ortsverein schon drei Opfer gefordert, es sind dies die Kollegen **Jüngling, Paull** und **Sommer**. Das Andenken dieser Helden werden wir stets hoch in Ehren halten.
M. Sch.

Merkblatt für Sendungen an im Felde stehende Truppen.

(Bitte ausschneiden und aufbewahren!)

3. Beschaffenheit der Feldpostsendungen.

Die Feldpostsendungen können bei der Beförderung durch Feindesland keineswegs immer pfleglich behandelt werden. Sendungen mit Wareninhalt (Liebesgabenpakchen) deshalb sehr dauerhaft verpacken, also starke Pappkartons, festes Packpapier oder dauerhafte Leinwand verwenden! Klammerverchlüsse sind fast durchweg ungeeignet. Die Päckchen, auch die mit Klammerverchluß versehenen, sind allgemein mit dauerhaftem Bindfaden fest zu umschließen, größere Sendungen mehrfach. Bei Feldpostbriefen mit Flüssigkeit muß sich diese in einem starken, sicher verschlossenen Behälter befinden, der in einen durchlöcherigen Holzblock oder in eine Hülle aus starker Pappe fest verpackt ist. Dabei müssen sämtliche Zwischenräume mit Baumwolle, Sägespänen oder einem schwammigen Stoffe so angefüllt sein, daß beim etwaigen Schockhaftwerden des Behälters die Flüssigkeit aufgefangt wird.
Etreichhölzer und andere feuergefährliche Gegen-

stände, insbesondere Taschenfeuerzeuge mit Benzinfüllung, dürfen in Feldpostbriefen nicht versandt werden, ebensowenig Butter und Fett.

Kann die Aufschrift nicht auf den Sendungen unmittelbar niedergeschrieben werden, so ist sie haltbar auf ihnen zu befestigen.

Sendungen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, werden von den Postanstalten unverzüglich zurückgewiesen.

4. Formulare.

Die Postanstalten verkaufen Feldpost-Briefumschläge, einfache Feldpostkarten und solche mit Antwort, die mit Vordruck für die Aufschrift und für die Bezeichnung des Absenders versehen sind, mit 1 Pfg. für 2 Briefumschläge oder 2 Postkarten. Im Privatwege hergestellte Formulare müssen im Vordruck — Feldpostkarten auch in der Farbe — mit den amtlichen genau übereinstimmen; auch sollen solche Formulare in Form, Größe und Papierstärke nicht wesentlich von den amtlichen abweichen. Feldpost-Briefumschläge sind deshalb tunlichst in der Größe der Normalbriefumschläge (15 1/2 zu 12 1/2 Zentimeter) herzustellen. Ansichtspostkarten sind zulässig; doch soll die Aufschrift möglichst dem auf den amtlichen Feldpostkarten befindlichen Vordruck entsprechen.

Zu Postanweisungen an Angehörige des Feldheeres sind besondere Formulare in blauer Farbe zu benutzen, auch dann, wenn sich die Truppen in festen Standorten (Garnisonen) des Deutschen Reichs befinden.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Der deutsche Krieg.

Unter diesem Titel erscheinen fortlaufend, herausgegeben von Ernst Jäckh eine Anzahl „Politische Flugschriften“, die von den bekanntesten und verdienstlichsten Männern der Wissenschaft und der aktiven Politik verfaßt sind und deren erste: **„Warum der deutsche Krieg ist!“** schon durch den Namen ihres Verfassers, Dr. Paul Mohrbach, die Aufmerksamkeit auf sich zieht; genügt doch Mohrbach als einer der ersten Vorkämpfer für kraftvolle deutsche Weltpolitik schon lange hohes, verdientes Ansehen und ist besonders durch sein Buch „Der deutsche Gedanke in der Welt“ in den weitesten Kreisen bekannt geworden. In der vorliegenden Flugschrift gibt er in Verantwortung der Frage, warum dieser Krieg der Deutsche genannt werden soll, eine ebenso knappe und klare Darstellung der politischen Gesamtlage, die zum Krieg führte; er weist nach, wie dieser Krieg auf lange hinaus über das Schicksal des deutschen Volkes und germanischer Kultur entscheidend wird, und in Schlußfolgerungen, die von Tausenden und aber Tausenden gelesen und beherzigt werden sollen, stellt er die Ziele auf, die wir als Siegespreis erreichen müssen, wenn nicht der Aufruhr der ungeheuren Opfer an Volkswohlstand und kostbaren, unerreglichen Leben schmählich vertan sein soll. Sein letztes Wort, dem unser ganzes Volk aus vollem Herzen zustimmen wird, heißt: Gründliche, vollständige Abrechnung mit England! Zur Niederzwingung dieses Feindes wird unser Volk auch sein letztes unsern diplomatischen und militärischen Führern willig darbringen; versagt ihre Energie, dann laden sie die schwerste Verantwortung auf sich. „Sie mögen es noch so gut meinen, aber ihre Inaktivität wird dann zum Verderber Deutschlands geworden sein.“

„Deutschland und Frankreich“ von D. Friedrich Naumann. — In Naumanns Ausführungen kommt zunächst recht klar die allgemeine Stimmung der Deutschen gegen die Franzosen zum Ausdruck: bei allem Mitleid vor der Verlogenheit französischer Manifeste und Kriegsberichte, bei aller Erbitterung über die Hinterlist und Grausamkeit, deren sich Militär und Zivilbevölkerung des feindlichen Landes schuldig machen, denken wir über die Franzosen selbst milder als über ihre beiden Verbündeten. Naumann weist sehr klar und überzeugend nach, warum und wie sehr es im Interesse beider Teile läge, wenn Frankreich mit Deutschland so halb wie möglich einen ehrlichen Separatfrieden abschloße. Die Wahrscheinlichkeit hierfür hält er freilich für ziemlich gering, und so faßt er denn auch die Möglichkeiten ins Auge, die sich aus einem gemeinsamen längeren Ausharren des Dreiverbandes ergeben — Möglichkeiten, unter denen Frankreich und England noch viel schwerer zu leiden haben würden als wir. Naumann sagt: „Wir haben keinen Bismarck, der für uns denkt, also sollen wir alle mitdenken, damit ein gemeinsames Denken dorthin wirkt, wo in schwerer Verantwortlichkeit die Ergebnisse formuliert werden.“ — Es sei noch hingewiesen auf die Charakte-

ristik der Persönlichkeit und Haltung des ermordeten Sozialistenführers Jean Jaurès, dem es Lebensaufgabe war, für ein friedliches Nebeneinander- und Miteinanderleben der beiden großen Kulturnationen zu wirken. — Das ganze Heft bietet, wie sich das bei Naumann fast von selbst versteht, nicht nur die lichtvolle Erörterung einer Einzelfrage, es bedeutet auch einen Beitrag zur Erziehung zu politischem Denken, die dem deutschen Volk so notwendig ist.

„Deutschland und der Islam.“ Von Prof. Dr. C. F. Becker. — Einer unserer besten Kenner des Islam behandelt hier einen Stoff, dessen Bedeutung ohne weiteres einleuchtet. Wir alle haben immer gefühlt, daß die deutschen Beziehungen zur Türkei und weiterhin zum ganzen Islam ein besonders wichtiges und auch ein mit wirklichem Geschick und staatsmännischem Weitblick gepflegtes Gebiet unser auswärtigen Politik bedeuteten. Da ist es nun höchst angehend und unterrichtend, gerade in dem Augenblick, da sich die Wichtigkeit und Fruchtbarkeit unserer Türkenpolitik praktisch erweist, sie durch eine Autorität der Wissenschaft und der praktischen Erfahrung nachgeprüft und in die großen weltgeschichtlichen und weltpolitischen Zusammenhänge gerückt zu sehen. Ueberzeugend weist Becker nach, daß einerseits Deutschland die einzige Macht ist, zu deren Lebensinteressen eine lebenskräftige Türkei gehört, daß andererseits die Türkei in dem Augenblick untergehen müßte, in dem Deutschlands Großmachstellung vernichtet würde. Wie dabei die Geschicke der Türkei mit dem Gesamt-Islam aufs engste verflochten sind, und welche Sympathien und Hoffnungen die Moslems aller Länder und Nationen dem Deutschen Reich entgegenbringen, das bildet den weiteren Inhalt der Schrift. Diese ist zwar durch die Verhältnisse überholt, bietet aber besonders denen, die sich wenig um das politische Leben kümmern, einen Einblick in die Zusammenhänge dieses interessanten Gebietes.

Zur gefälligen Kenntnisnahme!

Für die auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen haben wir in unserem Organ eine ständige Ehrentafel eingerichtet. Wir beabsichtigen in Zukunft auch regelmäßig darüber Mitteilung zu machen, wenn Kollegen von uns für besondere Auszeichnungen das eiserne Kreuz erhalten haben oder sonst in einer anderen Weise ausgezeichnet wurden. Wir bitten die Vereinsmitglieder dringend, uns die entsprechenden Mitteilungen regelmäßig zugehen zu lassen. Fürs erste möge auch über solche Fälle berichtet werden, welche schon zurückliegen. Wir glauben es unseren für die Existenz des deutschen Vaterlandes kämpfenden Kollegen schuldig zu sein, wenn wir fortlaufend deren Gedenken, die in dem schweren Kampfe ihr Leben lassen oder die infolge des Einsatzes ihres Lebens bedorrt oder ausgezeichnet wurden. Für die Benachrichtigung genügt eine Postkarte.

An die Ortsvereinskassierer!

Wir ersuchen umgehend festzustellen, welche/Geschäftsbücher beim Jahreswechsel gebraucht werden, d. h. erneuert werden müssen. Um Porto und unnötige Arbeit zu ersparen, ist die Bestellung auf einmal zu machen, damit an jeden Ortsverein nur eine Sendung geschickt werden braucht. Gleichzeitig ist auch der Bestand an sonstigem Material zu erneuern bezw. zu ergänzen. Wo die Meldung rechtzeitig eingeht, wird die Zufendung so zeitig erfolgen, daß die Uebergabe der Geschäfte an den event. neugewählten Vorstand nicht verzögert wird.

Der Hauptvorstand.

Die Ortsvereine des süddeutschen Bezirkes

möchte ich bitten, ihre laufende Korrespondenz, deren Erledigung seither dem Bezirksleiter, Kollegen Barnholt, oblag, direkt an das Bureau des Hauptvorstandes zu senden.

G. Strauß, Ulm.

Kollege Barnholt steht beim Landw.-Inf.-Reg. 125 bei Verdun und geht es ihm nach seinen letzten Mitteilungen immer noch gut.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 49. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig.

Anzeigen.

Für den Inserententext ist die Redaktion der Zeitung gegenüber nicht verantwortlich.

Nachruf.
Unser langbewährtes Mitglied
Theodor Klimetschek,
geboren am 14. Juni 1836, starb am 12. November 1914 nach kurzem Krankenlager im Alter von 78 Jahren.
Der selbe war auch langjähriger Kassierer des Ortsvereins der Tischler und ist als solcher im Jahre 1877 zu Potsdam eingetretten; er war ein treuer Anhänger des Gewerkschaftsvereins Tischler-Zunft.
Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken.
Der Ortsverein der Holzarbeiter Kottawes-Potsdam.

Nachruf.
Im Kampf fürs Vaterland verstarb am 1. November in Belgien unser treuer Kollege
Josef Michalak.
Durch seinen ruhigen Charakter hat er stets unseren Ortsverein gefördert.
Wir werden ihn nie vergessen.
Ortsverein der Holzarbeiter Werdau.

Auf den hiesigen Gütern stehen
Eichenschläge
benor. Diesbezügliche Firmen werden gebeten, Gebote zu machen.
Kontamt Rogau-Rosenau.

Die Deutschen Gewerkvereine
im Strome des öffentlichen Lebens
von F. Varnholt.

Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlich empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lohnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:

1 Stück	0,10 M
25	2,00
50	3,50
100	6,00

Die Broschüre soll nicht blos an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerkvereine und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptbureau, Berlin NO 55, GreiBswalder-Str. 221/23, zu richten. Die Zufendung der Broschüre erfolgt portofrei gegen Vorauszahlung des Betrages.

Berufsorganisation - Staatsbürgerpflicht
Der klar denkende Arbeiter und Angestellte erfüllt beide Pflichten, braucht beide Waffen zu seiner wirtschaftlichen und politischen Befreiung. Er liest und unterstützt deshalb auch
„Die Wacht“
Wochenschrift der liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung.
Schriftleitung: Arbeiterssekretär Ant. Erkelenz.
Man bestellt bei der Post zum Preise von 1 Mark vierteljährlich oder beim Verlag L. Müns-Magdeburg, Katharinenstrasse 2-3.

Einheitliche Vereinsabzeichen.
Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsabzeichen kostet das Stück 50 Pfg., Manschettenknöpfe das Paar 1 Mk., und werden dieselben — nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zielke — sofort den Vereinen zugestellt.

Büchermacher
finden dauernde, gut lohnende Beschäftigung auf
Näheres durch den Arbeitsnachweis der Deutschen Gewerkvereine Frankfurt a. M., Alte Mainberg. 90.

Das Arbeitersekretariat des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine in Hamburg
befindet sich Marktstr. Nr. 18, Telefon: Gruppe VI, Nr. 9715. Arbeitersekretär Gerhard Meuthen.